

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Wfg. Reklamen 30 Wfg. Offertengebühr und Auskunftsgebühr 30 Wfg. Bei Abwesenheit der Zeitung oder Kontos ist jeder Abdruck hinfällig. Platzverträge unverbindlich. - Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 2108.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 Wfg. einchl. Trägerlohn.

Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. - Eindrücke infolge höherer Gewalt redaktioneller keine Ersatzenpflicht.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 280

Mittwoch, 30. November 1932

35. Jahrgang

Torgabung

Der Radaktion.

29. November 1932.

Extremes berühren sich. Es ist kaum ein Jahr her, seit Leutnant Scheringer nebst zwei Kameraden verurteilt wurde wegen nationalsozialistischer Umtriebe in der Reichswehr. Kurze Zeit später hörte man dann aus der Festungshaft, daß der gleiche Leutnant Scheringer zum Kommunismus übergetreten sei. Andererseits hörten wir auch wieder umgekehrt Beispiele für Uebertritte aus dem Kommunismus zum Nationalsozialismus. Beide Extreme, die sich äußerlich grimmig bekämpfen, haben untereinander vielfach enge Berührungspunkte.

Heute erfährt man wieder ein neues Beispiel. Artur Dinter, jener nationalsozialistische Schriftsteller, der durch seine wild antisemitischen Schriften in den ersten Jahren nach dem Kriege starkes Aufsehen erregte, dessen Bücher „Die Sünde wider das Blut“, „Die Sünde wider den Geist“ und „Die Sünde wider die Liebe“ geradezu zum geistigen Nützling des Nationalsozialismus gehörten, dieser gleiche Artur Dinter soll sich jetzt der kommunistischen Partei angeschlossen haben nach einer Meldung des „Stürmer“. Es ist noch gar nicht lange her, daß Dinter als nationalsozialistischer Abgeordneter in einem Landesparlament als radikaler Schreier tätig war und jetzt ins entgegengesetzte Lager hinübergewandelt. Wahrhaftig - Extreme berühren sich.

Hungerstreiks. Die Zeit, in der das Hungerkünstertum in Blüte war und - es klingt paradox - seinen Mann „nährte“, ist noch nicht lange vorbei. Wer kennt sie nicht die Saccos, Bobbys etc., die 6-7 Wochen in einem Gefängnis saßen und sich den neugierigen Zuschauern in ihrer „Tätigkeit“ vorstellten? Auch heute ist das Hungern wieder modern - allerdings liegen hier die Gründe tiefer und sind bei weitem ernster und leider „nährer“ es heute nicht mehr. Ueberall in der Welt hat die Wirtschaftskrise zur Kürzung der Unterhaltungen, zu Rentenabzug u. a. geführt. Es ist verständlich, wenn die alten Invaliden und Rentner, die mit ihrem färglichen Einkommen kaum den nötigsten Lebensunterhalt fristen können, ungehalten werden und energisch und mit allen Mitteln gegen weitere Abzüge sich wehren. Sie hoffen am besten etwas zu erreichen, indem sie sich das Mitleid ihrer Mitmenschen sichern. Das einfache und vielleicht auch das bewährteste Mittel ist: zu hungern in der Voraussetzung, daß man sie daran nicht sterben läßt. Ueberall hat man den gleichen Gedanken: In Amerika gab es große Hungermärsche, neuerdings in Polen und Rumänien Hungerstreiks. Man versammelt sich in Lokalen, trinkt die Sade möglichst breit, ist und trinkt nicht mehr. Ob sie auch so kaufmännisch sind und einen Obolus von den Hungerkriegeren verlangen? Einer der hungerst, hat ihn allerdings nicht nötig. Doch die ernste Seite dieser Sade sollten die Staatsmänner und Verantwortlichen nicht aus dem Auge lassen. Es muß bald gehandelt werden, um das wirtschaftliche Chaos in der Welt zu beseitigen.

Danzigs Erfolg gegen Polen Der Danziger Senatpräsident Dr. Ziem und der polnische Außenminister Beck haben in Geni ein Abkommen unterzeichnet, in dem Polen in der Streiffrage bei den Danziger Eisenbahnen die Blothwährung (polnische Währung) zwangsweise eingeführt werden darf, sich zum Nachgeben bequemt. Diese Lösung kommt vollkommen überraschend. Sie ist vielleicht daraus zu erklären, daß der polnische Außenminister die ungünstige Rechtslage Polens einsah, so daß er auf eine Verhandlung vor dem Völkerbundrat verzichtete. Die schnelle Lösung ist vor allen Dingen auf die Bemühungen des Völkerbundkommissars Rosting zu

rückzuführen, aber auch der englische Außenminister Simon soll sehr zur Stärkung des Danziger Standpunktes beigetragen haben. In dem unterzeichneten Vertrag verpflichtet sich Polen also, die Einführung des Bloth bei den Danziger Eisenbahnen nicht vorzunehmen. Allerdings behält sich Polen das Recht vor, den Antrag auf Angleichung der beiden Währungssysteme zu stellen, doch nur wenn die Umstände es gestatten. Außerdem nehmen die beiden Staaten ein Gutachten des Haager Gerichtshofes an, in dem festgestellt wird, das die polnischen Staatsangehörigen in Danzig nicht mehr Rechte genießen als die Angehörigen anderer Staaten auch. In diesem

Falle behält sich Polen vor, dem Danziger Senat gewisse Wünsche hinsichtlich der Behandlung seiner Staatsangehörigen durch Danzig zur Kenntnis zu bringen. In weiteren Einzelheiten zeigte sich Polen ebenfalls sehr nachgiebig. Von dem beiderseitigen Verständigungswillen spricht der Punkt 4, in dem die beiden Staaten sich bereit erklären, die gegenseitig erlassenen Zeitungsverbote aufzuheben. Der Völkerbundsrat hat am Montag die danzig-polnische Angelegenheit im Sinne des von beiden Staaten getroffenen Ueberkommens erledigt. Der Völkerbundkommissar Rosting, dem dies zufriedenstellende Abkommen zum großen Teil zu danken

ist, wird nach einem Beschluß des Völkerbundsrates bis zum 1. Februar in seinem Amte bleiben.

Ob nun Polen nur dem Druck, der von den verschiedenen Völkerbundsstaaten ausgeht wurde, gefolgt ist, oder ob unter dem neuen Außenminister Beck tatsächlich ein verständlicher Geist in dem Nebeneinanderleben der beiden Staaten Platz greifen wird, muß die Zukunft lehren. Es steht aber tatsächlich aus, als ob im Osten eine Festigung der politischen Verhältnisse sich vollziehe, wovon ja auch das oben abgeschlossene französisch-russische und das polnisch-russische Nichtangriffsabkommen Zeugnis gibt.

Kiebitz

Noch alles in der Schwebe.

Ein Intermezzo - Glörer am Werk - Die Intriganten benutzen amtliche Stellen - Falschmeldungen - Schleicher trifft heute mit Hitler zusammen.

Die Verhandlungen des Reichswahrministers haben bisher noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Im Gegenteil hörte man gestern abend bereits die alarmierende Nachricht, daß sie gescheitert seien und daß nunmehr Herr von Papen wiederkehren würde. Das gab natürlich Anlaß zu den tollsten Gerüchten. Der Reichstag sollte durch § 48 auf 6 Monate zwangsweise vertagt oder gar noch einmal aufgelöst werden.

Es ist ein Zeichen für die völlige Ungewißheit der Lage und das stündlich wechselnde Bild, wenn ein kleiner Verlag, der zwei Blätter herausgibt, gestern abend in dem einen eine Darstellung gab, die derjenigen des andern geradezu widersprach. Der Rest der Auflage des einen Blattes enthielt übrigens schon wieder eine neue Darstellung. Während des Druckes der Auflage hatte sich also die Situation so gewandelt. Wie konnte das geschehen? - Nun in Berlin arbeiten alle politischen Kräfte mit Hochdruck, am stärksten aber arbeitet Hugenberg. Seit General von Schleicher verhandelt, sieht er seine unter Papen ausgebaute Machtposition schwer bedroht. Es sind nicht nur Zentrumskreise, die bei ihm den Störker suchen. Und gestört wurde gestern in einer ganz raffinierten Art und Weise.

Gestern morgen gegen 10 Uhr wurde nämlich bekannt, daß die von Schleicher zu einer Unterredung gebetenen nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer und Frick abgefragt hatten, da sie nicht zu solchen Verhandlungen befugt seien. Nur Hitler selbst komme dafür in Frage. Mit einer Fügigkeit sondergleichen wurde nun die Nachricht in die Öffentlichkeit lanciert, die Verhandlungen Schleichers seien gescheitert. Sogar eine offiziöse Korrespondenz brachte die Nachricht und die eingangs erwähnten weiteren Mutmaßungen. Wie hinterher festgestellt werden kann, ging die Nachricht sogar von amtlicher Stelle aus. Die „Tägliche Rundschau“, die heute morgen die Mitwirkung amtlicher Kreise bei diesem bösen Intrigenspiel energisch geißelt, stellt folgendes fest:

„So um 10 Uhr vormittags gibt die Reichspressstelle selber die Information aus, daß der Versuch Schleichers gescheitert sei und der General verzichtet habe. Um 11 Uhr bringt die „B. Z. am Mittag“ diese Information als Tatsache und wirft sie in sensationellster Aufmachung auf die Straße. Um 12 Uhr vormittags aber dementiert diese selbe Reichspressstelle ihre eigene Information, weist sie als unrichtig zurück und versucht, sie den nichtsnahenden Nationalsozialisten in die Schuhe zu schieben.“

Mit Recht verlangt die besonnene deutsche Presse eine reifliche Klärung dieses bösen Intrigenspiels unter Mitwirkung amtlicher Stellen. In Wirklichkeit dachte Schleicher nämlich keineswegs daran, seine Verhandlungen als gescheitert anzusehen. Er hatte Fühlung mit München aufgenommen und von Hitler die Zusage erreicht, daß er zu einer Unterredung nach Berlin kommen werde.

Tatsächlich ist Hitler gestern abend mit

dem Schnellzug von München abgefahren und wird bereits heute morgen eine Unterredung mit Schleicher haben.

Niemand darf sich darüber im Unklaren sein, daß eine Wiederkehr Papens die Ankündigung eines neuen, verschärften Kampfs- und Konfliktkurses bedeuten würde und eine innerpolitische Entwicklung mit sich brächte, die unmöglich ohne schwere Erschütterungen ablaufen könnte. Nur die Hugenbergklique wünscht diesen Weg. Selbst Herr von Papen, den man für diesen Kurs gerade gebrauchen konnte, wurde wandern, weil er die ungeheure Gegnerschaft gegen sich im Volke sah.

Schleichers Verhandlungen haben bei allen Schwierigkeiten und Widerständen doch den einen Vorzug, daß selbst die gegnerischen Kräfte doch zugeben, daß ein Kabinett Schleicher im Innern verständlicher wirken würde, weil es sozialer eingestellt sein werde. Der General hatte auch in sehr kluger Art seine Verhandlungen über den Reichstag hinausgespannt und namentlich die großen Berufsverbände zu gewinnen versucht. Das war der richtige Weg, um trotz aller Schwierigkeiten doch noch möglicher Weise zu einer politischen Sammlung zu kommen. Schleicher gibt auch jetzt die Hoffnung noch nicht auf. Nach der Besprechung mit Hitler wird dann im Laufe des Tages der Bericht beim Reichspräsidenten erfolgen. Ob dieser aber heute schon seine Entscheidung fällen wird, ist noch sehr zweifelhaft.

Gestern nachmittag fand übrigens bereits eine Besprechung bei Hindenburg statt, an der Papen, Schleicher und Weizsäcker teilnahmen. Man erwartet nach Hitlers scharfen Kampfansagen natürlich nirgendwo mehr, daß die Nationalsozialisten ihre Oppositionsstellung verlassen werden. Aber es fragt sich doch, wie weit sie in der Opposition zu gehen gedanken. Man kann sich sehr gut vorstellen, daß ihre Opposition gegenüber einem Kabinett Schleicher doch sehr viel weniger scharf sein wird als gegenüber einem Kabinett Papen. Vor heute abend ist also keine Entscheidung zu erwarten.

Eine Entschliebung der Zentrumsfraktion

Vertrauen zur Führung. Berlin, 29. Nov. Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat heute nachmittag um 2 Uhr zu ihrer ersten Sitzung nach den Neuwahlen zusammen. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden Dr. Perlitz nahm der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Prälat Kaas, das Wort zur Berichterstattung über die politischen Ereignisse der letzten Monate u. dgl. In diesen Bericht schloß sich eine längere Aussprache, in der u. a. auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning eingriff. Die Fraktion wird voraussichtlich am Mittwoch nochmals zusammenkommen, um rein geschäftsmäßige Fragen zu behandeln, wie die Befestigung der notwendigen Ausschüsse.

Zum Schluß der heutigen Fraktionsitzung des Zentrums wurde einstimmig fol-

Kurze Tages-Chronik.

Die Verhandlungen über die Kabinettsbildung haben noch keine Entscheidung gebracht. In politischen Kreisen erwartet man eine Klärung der Kabinettskrise für heute, nach einer neuen Unterredung Schleichers mit Hitler. Gestern machte sich ein starkes Intrigenspiel bemerkbar.

In der Hochschule für Politik sprach Reichsfinanzminister Graf Schwegler-Krosigk über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

Die Besprechungen der Vertreter der fünf Großmächte über die Wiederbelebung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz werden am 2. Dezember beginnen. Reichspräsident von Hindenburg empfing den deutschen Außenminister von Neurath zum Vortrag.

Das englische Kabinett, das über die Abfassung der zweiten Note an Amerika beriet, konnte keine Einigung in dieser Frage erzielen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm in ihrer ersten Sitzung eine Entschliebung zur politischen Lage an, in der der Parteileitung das Vertrauen ausgesprochen wird.

gende Entschliebung angenommen: „Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat in ihrer heutigen Sitzung den Bericht des Parteiführers über die Verhandlungen der letzten Wochen und die darin zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme der Partei zur politischen Lage entgegengenommen. Die Fraktion billigt einstimmig die von höchster Verantwortung um Volk und Staat getragene Haltung der Parteiführung und spricht ihr, insbesondere dem Parteiführer Dr. Kaas, aufrichtigen Dank und volles Vertrauen aus. In Uebereinstimmung mit der Partei- und Fraktionsleitung hält die Fraktion an dem Ziele einer Not- und Arbeitsgemeinschaft zwischen allen in Betracht kommenden Parteien fest. Nur auf diesem Wege kann dem Reiche in dieser gefährlichen Zeit eine sichere, vom Volk vertrauten getragene Staatsführung und dem erschütterten Wirtschaftsleben die notwendige Beruhigung gegeben werden.“

Wer im gegenwärtigen Augenblick der ehrlichen Verwirklichung des Sammelgedankens entgegenwirkt, wird beim Eintritt in einen beispiellosen Notwinter mit schuldig sein an sozialen und politischen Entwicklungen, für die die Zentrumsfraktion zusammen mit anderen Sammelwilligen jede Verantwortungen ablehnt.“

nach 12 Min. durch
schmann (B.) -
nd der Kampf 8.8.
en Gegner nach 12
Schultern bringen
Punkte zum Sieg
atam: Monez (Br.)
Uebergewicht von
pflug nach 5 Min.
(Br.) brachte seinen
durch Untergriff
l: Weißbrot (Br.)
Min. durch Kopf-
Breitner (B.) von
kampf benachteiligt,
nach Punkten. -
Händler (R.). Hier
errungung in der
Das Ergebnis
terkämpfen konnte
h Kopzug nach 1/2
liegen. - Neffen
kämpften gegen Gre-
denich Niederlagen
verein Brühl 1931
ez., im Belvedere
en zum Besten der
ung an.
her, Brühl.
Brühler Zeitung“
mbS. Brühl.
gen-
on oft vermieden,
und Alt Scott's
hohe Gehalt an
der Verarbeitung
andsfähig. Man
das in Flaschen
Apotheken und
theke, am Markt
lestr. 76
Kölnstr. 15
eters.
orm-
astschrot
der vorrätig
billig
besser wie andere
termittel.
reu u. Topfmüll
allen vorrätig.
o Vering
Fahrgeschwindigkeit
Übri-Sadort
ernst 2794
maht!
s
häft?
das Pub-
sfähigkeit
durch eine
eiger
itung.
!
as
infachzimmer
Sante an Herrn
me zu vermieten.
agt die Gesch. 77.
Bank
verkauft
Textillager!
decorationen
W 1.25
longuebois
5 Wfg. je m
ezigae 55 Wfg. je m
für Tischdecken
90 Wfg.
für Sofakissen
40 Wfg.
aug W 8.-
W 2.-
Gerner:
bern. Käuferhoffe
Beitvorlagen.
binka
bandgeschäftlich
Kontingente 19. im
baus.

Der Reichsfinanzminister über die Reichsfinanzen.

Berlin, 29. Nov. In der Hochschule für Politik sprach heute abend Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Der Minister betonte, daß seit dem Jahre 1929 das gesamte Steueraufkommen (einschließlich Zölle in Reich, Ländern und Gemeinden) von 13,5 auf 10,0 Milliarden Rm, die voraussichtlich im Jahre 1932 aufkommen werden, zurückgegangen sei, obwohl seit dieser Zeit Steuererhöhungen und neue Steuern im Ausmaße von rund 2,5 Milliarden Rm jährlich eingeführt worden sind. In Wirklichkeit sei also seit 1929 ein Steuerausfall von 6 Milliarden Rm eingetreten. In einzelnen Steuern wies der Minister die Stufenfolge der Konjunkturrempfindlichkeit der Steuerarten nach.

Die sonstigen Einnahmen seien um 2,2 Milliarden Rm gesunken.

Demgegenüber seien die Ausgaben für die gesamte Arbeitslosenfürsorge um 1 1/2 Milliarden Rm gestiegen und würden sich um weitere 1 bis 1 1/2 Milliarden Rm erhöhen haben, wenn nicht Kürzungen der Unterstützungssätze und andere Sparmaßnahmen seit dem Jahre 1930 durchgeführt worden wären.

Der Minister legte dann den Zusammenhang zwischen den Steuergutscheinen und einem Arbeitsbeschaffungsprogramm dar und trat weiter den Befürchtungen entgegen, die hinsichtlich einer zu starken Belastung künftiger Jahre in der Öffentlichkeit geäußert worden sind.

Die Belastungen der Jahre 1933-1938 würden zwischen 125 und 200 Millionen jährlich aus Schatzanweisungen, und aus Steuergutscheinen jährlich 300 bis 500 Millionen Rm betragen, je nach dem Ausmaße der Verwendung von Steuergutscheinen für Mehreinstellung von Arbeitern.

Der Redner schloß mit einem im ganzen doch zuversichtlichen Ausblick in die Zukunft unter der Voraussetzung, daß ein gewisses Vertrauen in die Stabilität der politischen Verhältnisse sich wiederherstelle und daß die Wirtschaft selbst den Weg zu ihrem alten guten Prinzipien zurückfinde und machte sich das jüngst in Düsseldorf geprägte Wort zu eigen: „Gefunde Wirtschaft in starkem Staate.“

Der Vortrag des Reichsfinanzministers wurde von der Hörerschaft mit wiederholten Beifallskundgebungen angehört, die zum Schluß stürmische Formen annahmen.

Neuer Staatskommissar für preußisches Wohlfahrtswesen.

Berlin, 29. Nov. Der Reichskommissar für das preußische Ministerium des Innern hat anstelle des Ministerialdirektors im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, Dr. Peters, den Ministerialdirektor im preußischen Ministerium des Innern, Dr. Suren, zum preußischen Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege mit Wirkung vom 1. Dezember 1932 ernannt.

Rechtfertigung für Scheidemann.

Ein Verleumdungsprozeß in Trier — Kläglich gescheiterte Verleumdungen.

Trier, 29. Nov. Das erweiterte Schöffengericht verhandelte am Dienstag über eine von dem Reichstagsabgeordneten Scheidemann gegen den Kaufmann Lambert aus Gerolstein angelegte Verleumdungsklage, die bereits früher zweimal zwecks weiterer Beweishebung vertagt worden war. Lambert, der der nationalsozialistischen Partei angehört, hatte in einer sozialdemokratischen Versammlung in Gerolstein die Behauptung aufgestellt, Scheidemann habe am 16. Mai 1917 in Holland mit dem französischen Spion Desgranges und dem französischen Votschafter darüber verhandelt, wie die Lieferung von Lebensmitteln und Kupfer an Deutschland verhindert werden könne, um den Krieg zu beenden und die Revolution zugunsten der sozialdemokratischen Partei zu fördern.

Zu der Verhandlung waren Scheidemann und die sozialdemokratischen Führer Oberpräsident Noske, Dr. Landsberg und Dittmann erschienen.

Der Angeklagte erklärte, den Wahrheitsbeweis erbringen zu wollen. Er bezog sich dabei auf das Buch Desgranges und das Buch von Rosenberg „Die 30 November-Röpe“. Der Vorsitzende machte ihn darauf aufmerksam, daß darin von den von ihm behaupteten Verleumdungen Scheidemanns nichts enthalten sei. Scheidemann als Zeuge erklärte, an dem genannten Tage sei er nachweislich in Berlin gewesen; er habe stets nur die Interessen des Deutschen Reiches vertreten. Seine Auslandsreisen während des Krieges seien nur im Einverständnis mit der Reichsregierung und nach vorheriger Rücksprache mit der Reichskanzlei erfolgt. Den französischen Spion Desgranges habe er weder gekannt noch gesehen noch gesprochen. Seine Reise nach Holland während des Krieges

sei im Auftrage der Reichsregierung erfolgt mit dem Zweck, die holländischen Zeitungen zu einer neutraleren und deutschfreundlicheren Haltung zu veranlassen. An den von dem Angeklagten aufgestellten Behauptungen sei kein Wort wahr. Ebenso sei die Behauptung des Angeklagten unwahr, die dieser während der Verhandlung durch eine Frage aufstellte, er, Scheidemann, habe bereits 1917 Propaganda im Ausland zur Unterminierung Deutschlands betrieben. In Frankreich sei er während des Krieges nur innerhalb des von den deutschen Truppen besetzten Gebietes gewesen. Die Zeugen Dr. Landsberg, Noske und Dittmann erklärten übereinstimmend, daß ihnen nichts davon bekannt sei, daß sich Scheidemann die

behaupteten Verleumdungen habe zuschulden kommen lassen.

Der Staatsanwalt beantragte wegen Verleumdung in Verbindung mit der Verhöhnung des Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1931 eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Der Wahrheitsbeweis Lamberts sei kläglich gescheitert. Er, der Staatsanwalt, habe das Buch von Desgranges lesen müssen und habe es als ein Werk von höchster Minderwertigkeit befunden. Das Buch enthalte übrigens nichts von dem, was der Angeklagte behauptete. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis und Publikationsverbot. Der Vorsitzende machte sich die Ausführungen des Staatsanwalts zu eigen.

Abrüstung und Kriegsschulden.

Merkwürdige amerikanische Anregungen — Wenig Gegenliebe — Wir verlangen Gleichberechtigung. — Entgegenkommende Haltung Englands. — Herausforderndes Rechenexempel eines amerikanischen Senators.

! In seiner gestrigen Ausgabe bringt das nationalsozialistische Echo de Paris zusammenfassend Anregungen, die der amerikanische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, in seinen Verhandlungen mit Gerriot gab. Es sind in der Hauptsache sechs Punkte, und zwar bewilligt der erste die Gleichberechtigung an Deutschland, die in den folgenden Punkten näher umschrieben wird. Die Gleichberechtigung soll nicht durch die Aufrüstung Deutschlands erreicht werden und werde daher erst nach Ablauf einer gewissen Zeit wirksam werden. Die Zwischenzeit müsse man benutzen, um gewisse Sicherheitsgarantien zu definieren und, wenn möglich in Kraft zu setzen. Der französische Plan wird von Davis nur hinsichtlich der Erziehung der Reichswehr durch ein Heer mit kurzfristiger Dienstzeit für durchführbar gehalten, im übrigen aber als ideologisch angesehen.

Nach Davis soll das am 23. Juli angenommene Programm der qualitativen Abrüstung sofort angewandt werden und als Ausgangspunkt dienen. Auf dieser Grundlage könnten sich die Vereinigten Staaten, Frankreich, England und Italien einigen und Deutschland werde dadurch gezwungen, seine Zustimmung ebenfalls zu geben. Weiterhin sieht Norman Davis' Plan ein französisch-italienisches Flottenabkommen vor, mit dem sich die Marinesachverständigen augenblicklich beschäftigen.

Das Echo de Paris hält diese amerikanischen Anregungen für undurchführbar. Wir glauben, nicht nur die Franzosen, sondern — allerdings vom entgegengesetzten Standpunkt aus — auch die Deutschen. Wie die Amerikaner meinen können, Deutschland werde sich mit einer erst nach langen Jahren viel leicht erreichten Gleichberechtigung zufrieden geben, ist uns unersinnlich. Es hieße eine Rache im Saft kauen, darauf einzugehen. Eine wie lange Zwischenzeit nötig sein würde, um gewisse Sicherheitsgarantien zu definieren, und, wenn möglich, in Kraft zu setzen, kann sich jeder ausrechnen, der die Hartnäckigkeit der Franzosen, was ihre Auffassung in der Gleichberechtigungsfrage angeht, einzuschätzen weiß. Ausgerechnet soll fernerhin das Programm, dessen Annahme doch für Deutschland der Grund zum Fernbleiben war, als Basis der weiteren Arbeit dienen. Wir schätzen, daß der Davis'sche Plan nicht viel zu einer Klärung beitragen kann, und wie Deutschland gezwungen werden könnte, bei Uebereinstimmung der anderen vier wieder zur Abrüstungskonferenz zurückzukehren, ist uns nicht ganz klar. Die Zeit der Diktate soll doch ganz vorbei sein.

Zur ungefähr gleichen Zeit hielt der einflussreiche amerikanische Senator Harrison eine Rundfunkrede, in der er sich zu der Behauptung bekennt, daß bei einer völligen Streichung der Kriegsschulden, also einer Liquidierung der Erbschaft des Krieges — im ganzen 54 Milliarden Dollar — Deutschland am besten davonkomme, frei von Schulden sei und den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf am gerüstetsten aufnehmen könne. Ob dieser Herr nicht z. B. den vor einem Jahr erschienenen Bafeler Sachverständigenbericht gelesen hat, der feststellte, daß ein großer Teil der in den letzten Jahren aufgenommenen deutschen Kredite, ohne in der Wirtschaft verwertet zu werden, als Reparationszahlung sofort an das Ausland zurückgeflossen ist — ein Betrag, der allein 10 Milliarden Mark erreicht? Auch Lausanne hat doch 3 Milliarden Mark gekostet. Wir bedauern selbst wohl am meisten, daß die optimistische Beurteilung des Herrn Harrison leider in keiner Weise auf Deutschland zutrifft.

Das englische und französische Parlament beschäftigten sich mit der Abrüstungs- und Kriegsschuldenfrage. Aus den Meldungen ist zu ersehen, daß die Regierungen der beiden Länder großen Schwierigkeiten entgegen gehen und ob sie die Debatten überleben werden, ist vorläufig noch nicht vorauszusehen.

Der Vertreter der englischen Regierung führte zur Abrüstungsfrage u. a. aus, wenn man Deutschland die Gleichberechtigung zugestehen, müsse man ihm auch die Wehrpflicht gestatten, wenn nicht die anderen Staaten sie bei sich aufhoben. Andernfalls werde man sobald eine Rückkehr der Deutschen in die Konferenz nicht erleben. Er halte es natürlich für besser, die Abrüstung der anderen durchzuführen, als Deutschland aufrüsten zu lassen, eine Ansicht, die durchaus die deutsche Billigung finden dürfte. Die Engländer haben vorläufig noch die uns Deutschen am nächsten liegenden Auffassung.

In Washington erwartet man ähnlich wie im Vorjahre von deutscher Seite jetzt vom König von England einen persönlichen Appell an Hoover, den dieser dann vertraulich zur Kenntnis der beiden Häuser bringen werde. Den anderen Schuldnerstaaten gegenüber wird man keine Konzessionen machen.

In England wird weiter über die Note an Amerika beraten. Mac Donald und Simon werden am 2. Dezember zur Fünfmächtenkonferenz in Genf erscheinen.

Im Banne politischer Leidenschaft.

Gewalttaten aus politischer Verheißung und ihre Sühne — Auch das Ausland liefert Beispiele

Zwischenfälle während des Berliner Verleumdungsprozesses vor Gericht.

Berlin, 29. Nov. Das Sondergericht verurteilte heute den Nationalsozialisten Klottich und den Kommunisten Giesewitz wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit m. Transportgefährdung zu je zwei Jahren Zuchthaus und den Nationalsozialisten Friedrich wegen versuchter Sachbeschädigung zu sechs Monaten Gefängnis. Vier Angeklagte wurden mangels Beweises freigesprochen.

Die Verurteilten waren beschuldigt, sich an den Ausschreitungen während des Berliner Verleumdungsprozesses in Schöneberg am 4. November beteiligt zu haben. Klottich und Giesewitz sollen Steine gegen eine Straßbahn geschleudert haben. Friedrich hat nach Ueberzeugung des Gerichtes einen Stein gegen einen Autobus geworfen, verfehlte jedoch sein Ziel. Friedrich erklärte, er habe nur ein Paket Harzer Käse gegen den Autobus geschleudert. Das Gericht schenkte dieser Aussage jedoch keinen Glauben.

Politische Schlägerei in einem Berliner Lokal.

Berlin, 29. Nov. In einem SPD-Lokal in der Pfingst-Straße gerieten heute gegen abend Nationalsozialisten, die in das Lokal gekommen waren, mit den dort anwesenden Kommunisten in einen Streit, der bald in eine Schlägerei ausartete. Es wurden auch einige Schüsse abgegeben, wobei der 19jährige SPD-Angehörige Mähle einen Schulterhieb davontrug. Der 34jährige K. D. Mann Grassel erlitt bei der Schlägerei Kopfverletzungen. Die Täter selbst ergriffen sofort nach der Tat die Flucht und entkamen unerkannt.

Zuchthausstrafe für politische Gewalttätigkeit.

Berlin, 29. Nov. Die Strafkammer des Landgerichts 2 verurteilte heute wegen gefährlicher Körperverletzung den Arbeiter Wad zu einem Jahr Zuchthaus und den Arbeiter Mersch zu vier

Jahren Zuchthaus. Beide Angeklagte wurden sofort in Haft genommen.

Am Abend des 31. Juli, dem Tage vor der Reichstagswahl, war ein Nationalsozialist von einer Gruppe von etwa 20 Personen angegriffen und mißhandelt worden. Er hatte sich in einer Gastwirtschaft gerettet, wurde aber von dort hinausgewiesen, und zwar, wie von Zeugen behauptet wurde, auf Veranlassung des Angeklagten Mörenberg. Auf der Straße wurde er von einer 20 köpfigen Menschenmenge verfolgt und mißhandelt. Durch einen Messerstich wurde er schwer verletzt.

Nationalsozialistische Demonstrationen in der Leipziger Universität.

Leipzig, 29. Nov. In der Universität kam es heute früh zu einer Kundgebung nationalsozialistischer Studenten gegen Professor Reßler, der am Montag in einer Leipziger Tageszeitung einen Leitartikel unter der Überschrift „Deutschland erwache!“ veröffentlicht hat, in dem er sich gegen Hitler und den Nationalsozialismus wendet. Professor Reßler konnte infolge der Demonstration seine Vorlesung nicht durchführen. Das vermittelnde Eingreifen des Rektors der Universität blieb erfolglos.

Kommunistische Zeitung verboten.

Kiel, 29. Nov. Die in Altona erscheinende kommunistische Norddeutsche Zeitung ist vom Oberpräsidenten bis zum 3. Dezember verboten worden.

Neue antisemitische Ausschreitungen in Lemberg.

Warschau, 29. Nov. In Lemberg kam es Montag zu schweren antisemitischen Ausschreitungen, wobei Studenten, denen sich Böbel anschloß, für die Züchtung eines Studenten durch einen Juden Vergeltung nehmen wollten. An verschiedenen Punkten der Stadt wurden die Juden von Banden überfallen und schwer verprügelt. Bei zahlreichen jüdischen Geschäften wurden die Scheiben eingeschlagen. Die Polizei bemühte sich, größtenteils vergeblich, die Ruhe aufrechtzuerhalten. Die Rettungsgesellschaft mußte in 80 Fällen eingreifen. Es handelt sich fast durchweg um jüdische Verletzte. Für den Ernst der Ausschreitungen spricht die von den Behörden weitestgehend verhängte Nachrichtenperre.

Blutiger Wahlkampf in einer rumänischen Dorfgemeinde.

Budapest, 29. Nov. In der Dorfgemeinde Gracianea in Alt-Rumänien hat sich eine blutige Wahlschlacht abgespielt. Vor den Gemeindevahlen hatte die Nationale Bauernpartei und die liberale Partei erbittert agitiert. Drei Brüder, die Mitglieder der Nationalen Bauernpartei sind, lehnten gerade von einer Agitationsreise zurück, als sie mit einer liberalen Gruppe zusammentrafen. Es kam zu einem Wortwechsel und zu einem Handgemenge. Schließlich zog der Führer der Liberalen, Janfretcu, einen Revolver und gab mehrere Schüsse ab. Johann Renata, einer der Brüder, wurde auf der Stelle getötet, die beiden anderen lebensgefährlich verletzt. Alle drei waren in den Rücken getroffen. Der Mörder wurde in Haft genommen.

Aus aller Welt.

Ein menschenfreundlicher Gastwirt

Die Zeiten sind schlecht. Und selbst der Kapitalist hat seine liebe Not, eine gute und zugleich bombensichere Anlage für sein Geld zu finden. Denn heute kann man ja niemandem trauen. Eine unbedingt sichere und sogar recht menschenfreundliche Verwendung für seine klingenden Münzen glaubte nun kürzlich der biedere Gastwirt Augustin Gutu in Temesvar ausfindig gemacht zu haben. In dauerte das Glend der Pensionsempfänger, die monatlang warten müssen, ehe sie von der rumänischen Regierung ihre Bezüge erhalten. Also richtete er sich im Wirtshaus „Tunnel“ ein „Büro“ ein, indem er sich vor einen Tisch mit zwei wohlgefüllten Geldsäcken setzte und nun den hungrigen Gläubigern des Staates ihre Pensionen auszahlte — gegen eine kleine Provision versteht sich. Weiß man denn, wenn Väterchen Staat sich endlich bequem, seinen Pflichten nachzukommen? Natürlich erfreute sich der liebe Augustin eines gehörigen Zulaufes. Ein Beamter erschien im „Tunnel“ und stellte den Bäckern zur Rede. Begreiflicherweise konnte dieser Vertreter der Staatsgewalt nichts ausrichten. Aber er holte seinen Vorgesetzten, Herrn Popescu, und der brachte den Leiter der Kriminalpolizei mit, der ebenfalls Popescu hieß. Die kamen denn gerade recht, um von dem Hohngeächter der zahlreich versammelten Menge empfangen zu werden. Der liebe Augustin war längst über alle Berge. Aber ein Gutes hat sein Wirken doch gehabt. Wieder einmal ist das ungeheuerliche Verhalten der Regierung angeprangert worden, die ihre Rentenempfänger monatelang warten läßt. Ob sie sich nun etwas beeilen wird?

Streiflichter der Wirtschaft.

Refordtiefstand des Pfundes.

London, 29. Nov. Der Pfundkurs hat im Laufe des Tages einen Tiefstand erreicht, den er noch nie gehabt hat. Das Pfund wurde nur mit 3.14 Dollar notiert, das entspricht einem Wert von 13,23 Mark.

Deutsch-russischer Stahlkongress in Moskau. Der von der deutsch-russischen Gesellschaft „Kultur und Technik“ einberufene Kongress über nichtrostende Stähle ist in dieser Woche in Moskau eröffnet worden. Das Vorstandsmitglied Andrejew eröffnete den Kongress in Begrüßungsworten an die deutschen Gäste. In das Konferenzpräsidium wurde Professor Sag gewählt.

Schwedische Zollerhöhung für Kartoffeln. Die schwedische Regierung hat in Ausführung eines Reichstagsbeschlusses eine Verordnung erlassen, durch die in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli der Zollsatz für Kartoffeln um 1 Krone je Doppelzentner erhöht wird.

Oesterreich zahlt Dollarzinsen für Völkerbundsanleihe. Die österreichische Nationalbank teilt mit, daß sie die am 1. Dezember fälligen Zinscheine und am 26. Oktober verfallenen Schuldverschreibungen der Völkerbundsanleihe, österreichische Teilausgabe, ab 1. Dezember in Dollarnoten einlösen wird. Auch früher fällig gewesene Zinscheine und verfallene Schuldverschreibungen dieser Anleihe, soweit sie noch nicht zur Einlösung gebracht wurden, werden in effektiven Dollarnoten ausgezahlt werden.

Internationale Schifffahrtsskonferenz in London. Anfang dieser Woche traten in London Vertreter amerikanischer, deutscher, französischer und niederländischer Schifffahrtsgesellschaften zu einer Konferenz zusammen, die rein privaten Charakter trägt. Die Frage der Fahrpreise bildet insbesondere unter Berücksichtigung der Verkehrsabnahme infolge der Wirtschaftskrise einen der wichtigsten Verhandlungspunkte. Eine Anzahl Vertreter dringt darauf, daß die Preise für die erste und zweite Klasse, die im Frühjahr heraufgesetzt worden sind, wieder auf die alte Höhe gebracht werden.

Umsatzsteuervergütung bei der Ausfuhr. Der Zwölferausschuß des Reichswirtschaftsrates für die Umsatzsteuer hat am 24. November 1932 einen vom Reichsfinanzministerium vorgelegten Verordnungsentwurf über Umsatzsteuervergütung beraten. Der Ausschuss begrüßt, daß entsprechend seinen wiederholten Anregungen das Reichsfinanzministerium mit der Verordnung die Benachteiligung, die der deutschen Ware auf dem Weltmarkt durch die Umsatzsteuerbelastung erwächst, bis zu einem gewissen Grade dadurch beseitigt, daß ein Teil der für die ausgeführte Ware entrichteten Umsatzsteuer bei der Ausfuhr vergütet wird. Der Ausschuss hat sich den leitenden Gesichtspunkten, die vom Reichsfinanzministerium bei der Gestaltung der Verordnung zugrunde gelegt worden sind, angeschlossen, wonach für alle Waren allgemein ein Vergütungssatz von 1/2 Proz. mit Ausnahme gewisser Roh- und Hilfsstoffe gewährt wird. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1932 mit der Maßgabe in Kraft, daß die Vergütung gewährt wird, wenn die Lieferung in das Ausland nach dem 30. November 1932 erfolgt.

Die französisch-russischen Handelsvertragsverhandlungen. Gegenwärtig finden in Paris im Handelsministerium Besprechungen statt, an denen die Vertreter der interessierten Ministerien teilnehmen, um die Sachlage zu prüfen und nach einer Grundlage zu suchen, auf der derartige Verhandlungen eingeleitet werden könnten. Zwei Delegierte von der Pariser Sowjetbotschaft nehmen von Zeit zu Zeit an den Besprechungen teil.

Tagung des Verwaltungsrates der internationalen Handelskammer. Der Verwaltungsrat der internationalen Handelskammer tritt am 30. November zu einer Tagung zusammen. Zur Beratung steht die Gesamtheit der handelspolitischen Fragen, soweit sie für die kommende Weltwirtschaftskonferenz von Bedeutung sind; Zolltariffpolitik, Ein- und Ausfuhrverbote, Kontingente, Devisenbewirtschaftung, Meistbegünstigung und Fremdenrecht. Die Verhandlungen finden unter dem Vorsitz des deutschen Präsidenten der Internationalen Handelskammer, Dr. Cuno, statt. Das Präsidium der deutschen Gruppe hat nunmehr als weitere deutsche Vertreter in den Verwaltungsrat der Kammer berufen; an Präsidenten des deutschen Industrie- und Handelslages Dr. Grund-Breslau und den Präsidenten des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes Dr. Solmsen. Es gehören außer-

dem dem Verwaltungsrat neben dem Ehrenpräsidenten Cuno sowie Dr. Grund und Dr. Solmsen noch an: Dr. Cuno-Hamburg, Dr. Ernst Pönsgen-Düsseldorf, Dr. Richard Metton-Frankfurt und H. Witzhöft-Hamburg.

Sie warten auf das Bier.

Am für die Erzeugung vorzüglichen Bieres in Amerika gerühmt zu sein, haben die großen Brauereien in Manhattan u. Brook-

lyn umfangreiche Erweiterungspläne und die Modernisierung des Betriebs ins Auge gefaßt. Sie haben auch bereits große Aufträge im Betrage von vielen Millionen Dollar für Erneuerung und Vervollkommen der Maschinen- und Brauanlagen erteilt und sind entschlossen, Hunderte von neuen Arbeitern einzustellen, sobald erst das erlösende Wort gesprochen und das Bier zugelassen sein wird. Nach einer Umfrage, die ein New Yorker Blatt bei den Direktionen von sechs führenden Brauereien veranstaltet hat, schätzt man die Summe, die für Ausrüstung und Inbetriebnahme innerhalb einer Woche nach der Aufhebung der Prohibition durch den Kongress flüssig gemacht werden soll, auf rund 60 Millionen.

Aus Welt und Leben

Für 30 000 Mark Schmuck aus einem Kraftwagen gestohlen.

Berlin, 29. Nov. Eine traurige Entdeckung mußte heute Abend ein Goldwarenhändler aus Leipzig machen, der seinen Personenzug in einem Torweg in der Krausenstraße unbeaufsichtigt hatte stehen lassen. Während der kurzen Zeit seiner Abwesenheit waren aus dem verschlossenen Wagen drei braune Lederkoffer gestohlen worden, in denen sich mehrere tausend Ringe, Zigarettentuis, Feuerzeuge und andere Sachen befanden. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt etwa 25 bis 30 000 Mark.

Rätselhafter Leichenfund in Braunschweig.

Braunschweig, 29. Nov. Aus der Ofen wurde heute die Leiche eines 50-60-jährigen Mannes — offenbar eines Arbeiters — geborgen, die etwa ein Dutzend schwerer Schlagverletzungen aufwies. Soweit bisher ermittelt wurde, ist der Mann im Laufe der heutigen Nacht im Bürgerpark ermordet worden; die Leiche wurde dann in die Ofen geworfen. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur, und auch die Persönlichkeit des Toten ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

5000 Zentner Getreide verbrannt.

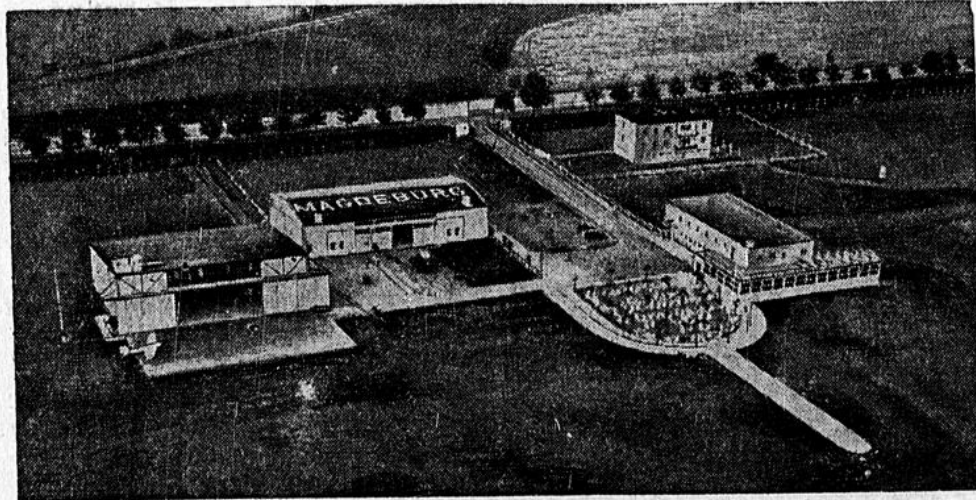
Stuhm (Ostpreußen), 29. Nov. In der Nacht zum Dienstag brach in dem Mühlengebäude der Mühle Stuhm der An- und Verkaufsgenossenschaft GmbH ein großes Feuer aus, dem 5000 Zentner Getreide zum Opfer fielen. Der Gesamtschaden dürfte sich auf 100 000 Mark belaufen; er ist durch Versicherung gedeckt.

Feuer in einer Garderobe des Berliner Staatlichen Schauspielhauses.

Berlin, 29. Nov. Im Staatlichen Schauspielhaus am Gendarmenmarkt entstand heute nachmittags gegen 3.30 Uhr in einem Raum der Chorängergarderobe aus noch nicht ermittelter Ursache ein Brand. Die Feuerwehr rückte mit drei Zügen an und konnte den Brand nach kurzer Zeit löschen. Ein Angestellter des Schauspielhauses hat bei Löscharbeiten Brandwunden davongetragen. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Professor Hans Much gestorben.

Hamburg, 29. Nov. Professor Hans Much, der bekannte Leiter des hiesigen Tuberkuloseforschungsinstituts, ist Montagabend im 53. Lebensjahre plötzlich an Herzschlag gestorben. Prof. Much war ein Mediziner von hervorragendem internationalen Ruf. Er hat zahlreiche Bücher medizinischen und auch religiös-philosophischen Inhaltes, sowie Erzählungen und kunstgeschichtliche Abhandlungen geschrieben.



Hier startet die erste bemannte Rakete.

Auf dem Magdeburger Flugplatz soll im kommenden Frühjahr die erste bemannte Rakete starten. Veranstalter ist der bekannte Raketenforscher Dipl.-Ing. Reibel. Die Rakete wird mit verdünntem Alkohol und Sauerstoff angetrieben. Der Aufstieg soll in eine Höhe

von 1000 m führen. Dann wird sich der Pilot von der Rakete lösen und durch einen Fallschirm zur Erde gleiten. Wenn der Treibstoff aufgebraucht ist, gleitet die Rakete ebenfalls durch einen Fallschirm zur Erde.



Ein ständiger deutscher Vertreter beim Völkerbund

Der bisherige deutsche Gesandte in Buenos Aires, v. Keller, soll mit Wirkung vom 1. Januar zum ständigen deutschen Vertreter beim Völkerbund ernannt werden. v. Keller wird zunächst seinen Wohnsitz in Berlin haben, soll dann jedoch sein eigenes Büro in Genf errichten.

Athlet und Goldschmied.

In diesen bösen Zeiten kann man niemanden trauen, sagte sich der biedere Goldschmied in einem Orte unweit von Budapest, als eines Tages ein herkulisch gebauter junger Mann in seinen Laden trat und nun einen reichen Schatz auf dem Verkaufstisch auszubereiten begann. Goldene und silberne Platten, edle Vasen und nicht weniger als fünfzig silberne und goldene Uhren bligten den erstaunten Zwelfer an. Dann traf ihn die Stimme des behaglich lächelnden Kiesen: „Wieviel wollen Sie mir für den ganzen Kram zahlen?“ Der Kaufmann hatte sich rasch gefaßt. Es gelang ihm, unbemerkt vom seltsamen Goliath, die Polizei zu alarmieren. Es gab allerdings einen kleinen Kampf, bis man mit vereinten Stimmknäueln den Athleten gebändigt hatte. Dann brachte man ihn eine Weile hinter schwebende Gardinen. Leider stellte sich heraus, daß die Göttin der Gerechtigkeit diesmal in jeder Hinsicht blind gewesen war. Der Goliath, einst ein bekannter Athlet, hatte nämlich jene Schätze als Preise einheimischen können, bis schließlich auch ihn die launische Glücksgöttin verließ. Er hätte es sich, als er noch auf dem Gipfel seines Ruhmes stand, niemals träumen lassen, daß ihm die sauer erworbenen Auszeichnungen eine derartige Tracht Prügel eintragen würden.

Wolle aus Steinen

Eine eigenartige „Wolle“ stellt man neuerdings in Kanada her. Sie wächst nicht auf dem Rücken der Schafe, sondern wird aus Kalkstein und Koks als Grundstoff gewonnen. In einer Art Hochofen erhitzt man abwechselnde Schichten der beiden Stoffe, bis das ganze eine glühende, flüssige Masse bildet, die in dünnem Ströme dem Hochofen entfließt. Ein unter sehr starkem Druck stehendes Luft- oder Dampfgebläse verwandelt sie in feine, dünne Fäden, die äußerlich, in größeren Mengen gesehen, der Schafwolle ähnlich, bei näherer Untersuchung sich insofern als glasartig und zum Spinnen ungeeignet herausstellt. Man braucht diese neuartige Wolle vorwiegend zu Isolierzwecken, für Filter und zur Verpackung ätherischer Stoffe.

Das Opfer einer Braut.

Im kühlen Albion ist man des Lobes voll über die Tat der schönen und reichen Mäx May George in Orpington. Diese junge Dame war kürzlich in der angenehmen Lage, „des Lebens schönste Feier“ begehen zu können. Sie hatte gemeinsam mit ihrem Vater, der sich eines stattlichen Bankkontos erfreut, das Programm des Hochzeitsfestes bis ins einzelne ausgearbeitet. Es sollte recht prächtig begangen werden. Weshalb auch nicht? Eltern und Voreltern hatten es so gehalten. Und es liegt nun mal in der menschlichen Natur begründet, daß man sich bei einer Feier wohler fühlt, je besser die angebotenen Speisen und Getränke munden. Die Geladenen sahen dem Kommen mit begreiflicher Vorfreude entgegen. Doch mit des Geschehens Mächten... In letzter Stunde las die junge Braut einen Aufruf des englischen Thronfolgers, der zur Hilfeleistung für die Arbeitslosen aufforderte. Das hatte eine durchschlagende Wirkung. Mäx May empfand es plötzlich als eine Ungerechtigkeit, ein solch üppiges Mahl einzunehmen, während Millionen von Volksgenossen darben. Sie setzte sich mit ihrem Vater in Verbindung, der denn auch nach anfänglichem Zögern auf sämtliche Lederbissen und den gesamten Blumenschmuck verzichtete und den ersparten Betrag an die Arbeitslosenhilfe überwies.

Wetterbericht.

Vorherige bis Donnerstag: Nach kalter Nacht mit frühweiliger etwas Frost am nächsten im ganzen wieder milder; auffrischende südwestliche bis westliche Winde, zunehmende Bewölkung und zum Teil leicht-neblig.

Aus Westdeutschland.

Köln Chronik.

Die Provinzialversicherungen schaffen Doppelverdiener.

Am 30. Nov. Die Provinzialversicherungen pflegen heute fast alle Gebiete des Versicherungswesens. Sie haben selbstverständlich auch Vertreter nötig, und als solche sehen sie häufig Beamte oder Ruhestandsbeamte ein. Als Agenten der Provinzialversicherungen fungieren z. B. Steuerinspektor, Sparfassenrechner, Landbürgermeister, Gendarmeriekommissare. Soweit sie noch im Dienste sind, muß man gegen eine derartige Nebentätigkeit gewisse Bedenken erheben, da die amtliche Stellung eines Beamten im Wettbewerb der Provinzialversicherungen mit den privaten Versicherungen sehr wohl eine Rolle spielen kann. Aber gleich, ob es sich um aktive oder pensionierte Beamte handelt: in jedem Falle werden „Doppelverdiener“ geschaffen. Es ist heute, so schreibt der Zeitungsdienst der Vela — Vereinigung der leitenden Angestellten e. V. — nicht möglich, auch nur das geringste Doppelverdienerverbot zuzulassen, da unzählige Familien heute für den geringsten Verdienst dankbar wären, der ihnen ermöglicht würde. Es soll auch nicht geleugnet werden, daß die Bemerkung der Öffentlichkeit unterbreitet wird in der Absicht, nach Möglichkeit auch auf diese Weise für Stellungslos gewordenen Angestellten Brot zu schaffen, würden sie sich doch auch für derartige Versicherungsagenturen gut eignen.

Vortrag über englische Literatur

Am 30. Nov. Auf Einladung des Deutschen Kulturbundes Ortsgruppe Köln sprach Dienstagabend im überfüllten Saale des Hotels Excelsior Köln der junge englische Schriftsteller Lord David Cecil, ein Neffe des Vertreters Englands beim Völkerbund Lord Robert Cecil und ein Enkel Lord Salisbury, über zeitgenössische englische Literatur und ihre Wege. Nach einer Begrüßung des Anglikaners der Kölner Universität Prof. Schöffler, der den Vortragenden als Biographen und als berühmten Vertreter der neuen englischen Literatur feierte, führte Lord Cecil u. a. aus: Die moderne Nachkriegsliteratur Englands zerfällt gewissermaßen in fünf Gruppen, deren Hauptführer Duxley, Virginia Woolf, Joyce, Eliot und Lawrence seien. Diese Nachkriegsliteratur hätten nicht die Basis der feststehenden Werte der früheren Epochen, obgleich alle auf hohem Niveau stünden. Die besten heutigen Autoren könnten ihrer Art nach von einem kleinen Kreis gewertet werden. Cecil betonte, daß der neue wissenschaftliche u. intellektuelle Standpunkt ein gutes Feld für Kritik, Geschichte und Biographie böte. Er halte Litton Strachans Königin Victoria als bedeutendstes Werk moderner Biographik. In den Schlussworten ergänzte Prof. Schöffler in geistvoller und glücklicher Weise die Ausführungen des Redners.

Nichtarbeitsfreie Feiertage müssen bezahlt werden

Am 30. Nov. In einem Kölner Betrieb wurde am 24. Oktober, dem höchsten katholischen Feiertage, nicht gearbeitet. Die dort beschäftigten 48 Arbeiter forderten durch Klage am Arbeitsgericht Lohnzahlung für diesen Tag. Der Vertreter der Beklagten machte geltend, er habe vorher dem Betriebsrat Mitteilung davon gemacht, daß an jenem Tage nicht gearbeitet werde. Am 25. Oktober habe er dem Betriebsrat gesagt, die Leute könnten den Ausfall durch Überstunden wett machen, jedoch statt 46 bis zum Ausfall 48 Stunden wöchentlich gearbeitet würde. Dies sei aber abgelehnt worden. Der Beklagte wurde befürwortet, daß die Klage, nachdem sie sich zur Verfügung gestellt hatten, Anspruch auf Bezahlung des Tages hatten. Es genüge nicht, daß dem Betriebsrat Mitteilung davon gemacht werde, daß die Arbeit an dem jüdischen nichtarbeitsfreien Feiertage ausfalle. Der Beklagte hätte mit dem Betriebsrat vor dem fraglichen Tage vereinbaren müssen, daß der Lohnausfall durch Überstunden ausgeglichen werden solle. Am 25. Oktober aber war dies zu spät und die Leute hatten ein Recht, die Überstunden abzulehnen.

Die Reichsbahn zum Abfahrtsprojekt.

Am 30. Nov. Zu der in der weitestgehenden Presse behandelten Frage des Bahnbaues Horrem-Abfahrt nimmt die Reichsbahndirektion Köln wie folgt Stellung:

Von der Bahnlinie Solheim-Abfahrt ist das Mittelstück Kommerstrieden-Liblar größtenteils fertig und voll in Betrieb. Die hier noch übrige gebliebene Aenderung der Strecke zwischen Horrem und Maderath entwerfungsgemäß nach Maßgabe der verfügbaren Mittel fertig zu stellen, ist beabsichtigt. Die beiden Teilstrecken Solheim-Kommerstrieden und Liblar-Abfahrt sind auch nur als eingleisige Nebenbahnen in einfacher Ausrichtung betriebsfertig herzustellen, würden aber noch rund 15 Millionen Mark Kosten verursachen. Eine Ausführung im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes kommt so gut wie nicht in Frage, da fast ausschließlich Sacharbeiten, Hochbau, Gleis-, Weichen-, Sicherungsanlagen und Straßenbefestigungen auszuführen sind, für die sich der freiwillige Arbeitsdienst nicht eignet. Aber auch nach Inbetriebnahme der Strecken

müßten, da die Betriebskosten durch die Einnahmen bei weitem nicht gedeckt würden, jedes Jahr noch Zuschüsse geleistet werden. Es leuchtet wohl ein, daß die Reichsbahn, die an sich gern bauen möchte, bei den unbefriedigenden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen nicht in der Lage ist, das erforderliche Baukapital aufzubringen und die jährlichen erheblichen Zuschüsse zu leisten.

5000 Mark unterschlagen.

Am 30. Nov. Die Polizei nahm einen Kaufmann fest, der als Vertreter einer Treibstofffirma Urkundenfälschung und Betrug begangen hatte. Die Verfehlungen wurden von dem Vertreter ausgeben. Der unterschlagene Betrag beläuft sich auf rund 5000 Mark.

Wuppertal.

Vor und gegen Fingerhut.

Am 29. Nov. Im Fingerhut-Prozess machte am Dienstag Rechtsanwalt Dr. Froben, damals Vorsitzender des Aufsichtsrats der Fingerhut-Werke, als Zeuge wichtige Aussagen über die Zustände bei Fingerhut. R. A. Froben ist in der ersten Verhandlung des Wiederaufnahmeverfahrens nicht vernommen worden. Er sagte heute aus Fingerhut sei seiner Ansicht nach kein Fabrikant, sondern ein Söldner gewesen. Er habe ihn nicht für einen unehrlichen Kaufmann gehalten, aber seine Geschäfte nicht gebilligt. Auch ihm gegenüber habe damals Fingerhut seine Unschuld beteuert. Als er, Froben, Fingerhut einmal vorwürde gemacht habe, habe er verlangt, daß Froben den Vorsitz im Aufsichtsrat niederlege. Fingerhut sei selbstherrlich hervorgetreten. Seine Unternehmen seien nicht genügend fundiert gewesen. Diese Aussagen bringen den Verteidiger Meheroth wieder in Harnisch. Seine Befragung entseelte eine scharfe Auseinandersetzung. Schließlich erfolgte ein Gerichtsbeschluss, in dem das Gericht den von Meheroth angeführten Ton zurückwies und der Vorbehalt ausgesprochen wird, bei Wiederholungen R. A. Meheroth von der Verteidigung auszuscheiden. Schließlich geben sogar R. A. Freisler, der Mitverteidiger für den Angeklagten, und die übrige Verteidigung die Erklärung ab, daß auch sie die Art der Befragung durch R. A. Meheroth nicht billigen könnten.

Wichtige belastende Aussagen machte der Ingenieur Brinmann von der Firma Thyssen. Fingerhut hatte f. St. der Firma Thyssen Spiralbohrer geliefert, von denen sich ein Teil als bei Thyssen gestohlen herausgestellt haben soll. Auf diesen Fingerhuts behandelte die Firma Thyssen die Angelegenheit vertraulich. Als aber Fingerhut sich in der Öffentlichkeit gegen die Gerüchte über angebliche Unregelmäßigkeiten bei der Firma Fingerhut wandte und die Angelegenheit in einer Ansicht der Firma Thyssen unrichtigen Weise erwähnte, wurde er von Thyssen aufgefordert, eine Berichtigung zu bringen. Schließlich wurde von Thyssen der Stumm-Konkurs, dem damals die Fingerhutwerke angehörten, benachrichtigt, und Fingerhut mußte aus der Geschäftsleitung ausscheiden. Fingerhut stellte die Sache so dar, als habe es sich um Bohrer

gehandelt, die Thyssen vor 1919 verkauft habe. Das bestritt auch der Sachverständige Fanne, der sich zu dieser Angelegenheit als Zeuge meldete.

Als Dir. Koppel keine Aussagen gemacht hatte, die keine neuen Momente hervorbrachten, wurden noch einige Entlastungszeugen vernommen. Der frühere Lagerverwalter Kienthal sagte aus, daß bei der Bohrerabnahme auf Fabrikseigenen habe geachtet werden müssen. Die zahlreichen Reklamationen seien auf das schlechte Rohmaterial zurückzuführen gewesen. Auch die frühere Privatsekretärin Fingerhuts bleibt bei ihrer, Fingerhut entlastenden Aussage. Vom Vorsitzenden wird ihr allerdings anhand von Rechnungen nachgewiesen, daß bestimmte Aussagen nicht den Tatsachen entsprechen. Sie verweigert eine Antwort auf die Frage nach der Art ihrer Beziehung zu Fingerhut. Auch der folgende Zeuge Fradde, ebenso wie die Privatsekretärin zunächst unredigiert vernommen, hält keine entlastenden Aussagen aus früheren Prozessen aufrecht. Der Zeuge war während seiner Tätigkeit als Fingerhuts Lagerverwalter 18 Jahre alt und leitete den Bohrerkauf. Es seien keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Er gibt zu, im Jahre 1927 auf Eruchen Fingerhuts eine Erklärung für Fingerhut unterschrieben zu haben. Dann wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Wer spannte das Drahtseil über die Straße?

Am 30. Nov. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, ist auf den Kraftwagen des Hotelbesizers Ahn am Abend des 11. 11. 1932 in der Hildener Heide ein Unfall verübt worden. Ahn fuhr an dem genannten Tage in der Nähe des Ga-Berges gegen ein zwischen zwei Bäumen gespanntes Drahtseil. Ahn hat für die Angaben, die zur Ermittlung der Täter führen, unter Anschluß des Rechtsweges eine Belohnung von 1000 RM. ausgesetzt.

Der Dortmunder Haushaltsplan abgelehnt.

Am 30. Nov. In der gestrigen Stadterordnetenversammlung wurde der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 vorgelegt. Der Finanzdirektor, Stadtrat Dr. Kaiser, machte im Verlaufe der Sitzung einige erläuternde Ausführungen zum Haushaltsplan und wies auf die Verbesserung des Wohlfahrtsplans um 5 Millionen Mark hin. Trotz dieser Verbesserung mache der Zuschuß des Abchnittes „Wohlfahrtsplan“ fast die Hälfte des gesamten Zuschußbedarfs aus. Unter Einschluss des vorjährigen Fehlbetrages verbleibe ein Gesamtfahrlauf von 51,6 Millionen Mark, d. h. die Stadt bleibe jeden Monat durchschnittlich an Zinsen, Staatssteuern, Abgaben und Rechnungsbeträgen schuldig. Nach mehrstündiger Beratung wurde der vorgelegte Haushaltsplan abgelehnt.

Urteil im Bräutigamsprozeß.

Am 30. Nov. Im Goester Gerichtsvollzieherprozeß gegen den Obergerichtsvollzieher Wilhelm Bräutigam, seine Schwester Frau Krülls und seine Tochter Lena wurde gestern vor der Dortmunder Strafkammer das Urteil verkündet. Bräutigam erhielt zwei Jahre Zuchthaus, Frau Krülls zwei Jahre Gefängnis und Lena zehn Monate Gefängnis. In der etwa eineinhalbstündigen Urteilsbegründung

stellte das Gericht zunächst fest, daß es sich nach sehr schweren Bedenken nicht entschließen habe, den Angeklagten Bräutigam wegen der Unterschlagung zu verurteilen, da seine Mittäterschaft hierbei nicht ganz nachgewiesen sei. Verurteilt wurde Bräutigam wegen der Annahme von Zeitungsrabatten von Verteilerungsannoncen, wegen Berechnung von Botenlöhnen u. wegen Gebührenüberhebung. Begangen in Tateinheit mit dem schweren Verbrechen nach Paragr. 349 des Beamtenstrafgesetzbuches, das nur Zuchthausstrafen nicht unter einem Jahr kennt. Am Schluß der Verhandlung wurde der Angeklagte Bräutigam, dem fünf Monate seiner Untersuchungsfrist angerechnet worden sind, in Haft genommen. Die Angeklagte Krülls soll den Rest ihrer Strafe nach der Verbüßung von weiteren sechs Monaten Bewährungsfrist erhalten. Für die Angeklagte Lena Bräutigam wurde keine Bewährungsfrist ausgesprochen.

Gebirgschlag fordert zwei Opfer.

Am 30. Nov. Der 30. Nov. Am Dienstagvormittag ereignete sich im Fels 10 der Fels Fürtz oberhalb der dritten Sohle ein Gebirgschlag. Die hereinbrechenden Felsblöcke und Steinmassen begruben die Bauer Fichtel und Schalla. Der Gebirgschlag war so heftig, daß er auch über Tage zu hören war. Nachdem man sich vergewissert hatte, daß die erste Gebirgschlag war, nahm sofort eine Rettungsaktion die Bergungsarbeiten auf. Es gelang aber nicht, die verunglückten Bergleute lebend zu bergen.

Schicksalige Einbrecherbande festgenommen.

Am 30. Nov. Bei einer in den letzten Nächten vorgenommenen Razzia wurden hier zwei Personen festgenommen. Die Diebstahl der sich führten. Im Laufe der weiteren Ermittlungen konnten noch vier Personen gefasst werden, die gemeinsam mit den beiden ersten in Remscheid fortgesetzt Geschäftsbüro ausgeführt hatten. Während in den Wohnungen der Diebe kaum gefundene Sachen gefunden wurden, entdeckte man in einem Gartenhäuschen ein regelrechtes Warenlager aus Lebensmitteln aller Art. Tabak, Schokolade und allen möglichen Genussmitteln, die in Säcken durcheinander verpackt waren, so daß sie zum großen Teil schon verdorben waren. Es handelt sich um Burden von 20—32 Jahren.

Großbrand in Sonnel.

Am 30. Nov. In der vorvergangenen Nacht, gegen 3.30 Uhr, brannte hier das Ausflugslokal „Lindenhof“ vollständig nieder. Nur die Umfassungsmauern stehen noch und die erst vor einiger Zeit erbaute Autogarage. Der bisherige Besitzer Lünning war mit seiner Familie dabei, umzuziehen, da der Gasthof von einer Brauerei im Zwangsverfahren übernommen worden war. Lünning hatte die meisten Möbelstücke bereits aus der Wohnung geschafft. Trotzdem verbrannten insgesamt Werte von rd. 20.000 Mark. Geldschädigt ist jetzt natürlich die Brauerei. Der „Lindenhof“ war eine der ältesten Gastwirtschaften von Sonnel, ein schöner, vielen Besuchern bekannter Gasthof. Der Ursache des Brandes steht noch nicht fest.

Die gefährliche Schreckhühnerkiste.

Am 30. Nov. Der Kellner Lersch geriet gestern in der Weierstraße mit dem Antreiber Hübsch in Streit. Hübsch zog der Kiste eine Schreckhühnerkiste aus der Tasche und feuerte diese auf seinen Gegner ab. Die Feuergefahr drang dem Unglücklichen in die Augen, jedoch nach der Auffassung der Ärzte das Augenlicht verloren sein dürfte. Der Täter wurde in Haft genommen.

Mord und Selbstmord.

Am 30. Nov. In der Nacht spielte sich in Aachen eine furchtbare Tragödie ab. Der 44 Jahre alte Zigarrenhändler Hermann Neflau tötete seine 68jährige Mutter durch einen Kopfschuß. Am Morgen tötete sich Neflau dann durch einen Brustschuß. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß die Tat aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten bezogen worden ist. Soweit man die vorhandenen Sachen bisher durchsuchen konnte, sind die Bücher in tadelloser Ordnung. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Neflau die Tat sorgfältig vorbereitet hat. In einem Briefe heißt es, daß aus dem Erlös der vorhandenen Sachen die Schulden bezahlt werden könnten.

So wird Kapitalflucht bestraft.

Am 29. Nov. Im Juni d. J. wurden vom Großen Schöffengericht der Frankfurter Bankier Dr. Walter Imhäuser wegen Desinfizierung zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und 20.000 Mark Geldstrafe, der mitangeklagte Kaufmann S. wegen desselben Deliktes zu 6 Monaten Gefängnis und 5500 Mark Geldstrafe verurteilt und ein dritter Beschuldigter freigesprochen. Zur Sicherung der Geldstrafen wurden die Vermögen der Verurteilten beschlagnahmt. Während Dr. Imhäuser seine Strafe annahm, die er gegenwärtig verbüßt, legte der Kaufmann, aber auch die Staatsanwaltschaft, Berufung ein. Vor der Großen Strafkammer als Berufungsinstanz beantragte der Staatsanwalt 1 Jahr Gefängnis und 20.000 Mark Geldstrafe. Nach mehrstündiger Verhandlung kam das Gericht zur Verurteilung der Berufung des Angeklagten und erkannte auf die Verurteilung des Staatsanwalts auf 9 Monate Gefängnis und 10.000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hatte in der Schwere ein Vermögen von etwa 11.000 Franken, welches er nicht angemeldet hatte.

Handel und Wirtschaft.

Kölner Getreide-, Futtermittel- und Waren-Börse.

Weizen, ch. neu 75-75 1/2 kg	29 11	25 11
„ ausländischer	20 80	20 50
Roggen ch. neu 70-71 kg	24 25—24 50	24 25—24 50
„ nordb.	16 50	16 50
„ ausländischer	18 25—18 50	18 25—18 50
Safer, hiesiger	12 50—14 00	13 75—14 00
„ neuer	15 75—16 25	15 75—16 25
„ ausländischer	—	—
Futtergerste, inl.	17 50—18 00	17 50—18 00
Sommergerste inl.	18 00—18 75	18 00—18 75
Malz, grober	18 25—18 50	17 75—18 00
„ kleiner	19 25—19 50	18 75—19 00
Weizenmehl inl.	27 50	27 50—28 00
„ Weizenbäckermehl mit Auslandsweizen	28 00—28 50	28 00—28 50
Roggenmehl 70% inl.	23 25—23 75	23 50—23 75
„ mit Auslandsroggen	24 00—24 25	24 00—24 25
Roggenstroh inl.	19 75	19 75
Roggenstroh von Ausl.	—	—
Landroggen	20 00—20 50	20 00—20 50
Weizenkleie grobe	8 25—9 75	8 25—9 75
Roggenkleie	7 50—8 00	7 50—8 00
Bierreiser	10 75—11 00	10 75—11 00
Leinfuchsmehl, 88% i)	11 25—11 75	11 25—11 75
Erdnuchsmehl, 60% i)	11 75—11 85	11 75—11 85
„ 54% i)	12 75—12 85	12 75—12 85
Soyaschrot (extrahiert)	11 00—11 25	11 25—11 50
„ 48% i)	8 75	8 75
Rapskuchen 88%	9 50—9 75	9 50—9 75
Palmerkuchen, 21%	8 25	8 25
Erdnuchskuchen, 10%	9 25—9 75	9 25—9 75
Zuckermais, 10%	8 75—10 00	8 75—10 00
Wiesensaat, inl., 10%	4 80—5 40	4 80—5 40
„ gepreß.	—	—
„ gepreßt	5 80—6 50	5 80—6 50
„ ausländ.	—	—
Roggenstroh, gepreß.	1 40—1 60	1 40—1 60
Weizenstroh, gepreß.	1 40—1 50	1 40—1 50
Saferstroh, gepreß.	1 40—1 50	1 40—1 50
Brutto mit End	—	—

Vom Kölner Hauptmarkt

Am 30. Nov. Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln, blaue Nieren 5.50, gelbe 3.80—4. Indurtrie 2.30—2.70 Mark der Zentner. Grünkohl 2.5—3, Weißkohl 1—1.5, Rotkohl 1.8—2.5, Wirsingkohl 1.5—2.5, Rosenkohl 9—12, Stedrüben 2.5—3, Weiße Rüben 3—4, Feldsalat 15—20, Karotten 3—4, Möhren 2—4, Zwiebeln 5.5—6, Tomaten 10—15 Pfg. das Pfund; Kopflatt 3—4, Endivien 4—8, Blumenkohl 8—40, Weißkohl 3—6, Rotkohl 4—8, Wirsingkohl 6—9, Kohlrabi 2—4 Pfg. das Stück; Radishes 2—3, Schwarzwurzeln 8—12, Möhren 3 bis 4 Pfg. das Gebund; Kohlkäpfel 8—13, Chäpfel 13 bis 25, Kohlrüben 6—12, Gebäirnen 12—30, Baumkürbisse 25—50, Molkereibutter 122—135, Landbutter 110 bis 120 Pfg. das Pfund; Eier 8—14.5 Pfg. das Stück.

Vom Bonner Hauptmarkt

Bonn, 29. Nov. Geacht wurden im Großhandel (in Pfennig für 1/2 Kilogramm und für rhein. Ware, wenn nichts anderes vermerkt): Kartoffeln: Nieren, 50 Kilogramm, rote, 50 Kilogramm, 600, Oberländer Indurtrie, 50 Kilogramm, 270, hies. Indurtrie 240, Südwirsing 2—2 1/2, Weißkohl 2—2 1/2, Rotkohl 2 1/2—3, Blumenkohl 15—25, Krauskohl 2—3, Chitorie 25—30, Rosenkohl 10—11, Knoblauch 40 bis 70, Kohlrabi, das Stück 2—3, Möhren, das Pfund 3—4, Karotten 5, Rettich, weiß, das Stück 3—4, Rettich schwarz, das Stück 3—4, Meerrettich, das Stück 20—40, Weiße Rüben 3, Schwarzwurzeln, Gebund 8—11, Spinat 4—4 1/2, Sellerie, das Stück 7—12, Breitlauch, das Stück 2—4, Kopfsalat, das Stück 2—3, Endivien, das Stück 4—8, Feldsalat 15—20, Zwiebeln 6—7, Rabmalat 20.

Pressestimmen über das Handwerk.

Einschränkung der Gewerbefreiheit.

In der letzten Mittelstandsbeilage berichteten wir über eine Sitzung des Ausschusses für Gewerbepolitik beim Deutschen Handwerks- und Gewerbeverband. Tag und dem Reichsverband des deutschen Handwerks. Nach diesem Bericht fordert das deutsche Handwerk vor allem die Einschränkung einer Handwerkerkarte, um endlich einmal die Schwarzarbeit an der Wurzel treffen zu können. Diese Forderung des Handwerks ist in der Presse lebhaft besprochen worden.

„Das Deutsche Handwerksblatt“ Nr. 21 vom 1. November 1932 bringt einen für das gesamte Handwerk sehr beachtlichen Auszug aus diesen Presseäußerungen und eine kritische Würdigung der Stellungnahme der Presse. Mit besonderer Genehmigung der Zeitschrift „Das Deutsche Handwerksblatt“ geben wir diese Ausführungen nachstehend wieder:

Der gemeinsame Ausschuss für Gewerbepolitik beim Deutschen Handwerks- und Gewerbeverband und beim Reichsverband des deutschen Handwerks stimmte in seiner Sitzung vom 20. September 1932 dem von einer besonderen Kommission vorbereiteten Gesetzentwurf zur Einschränkung der Gewerbefreiheit grundsätzlich zu. Bekanntlich will der Entwurf künftig unter Einschaltung einer Übergangszeit die Ausübung eines Handwerkerbetriebes abhängig machen von der Ausfertigung einer Handwerkerkarte, die auf der Grundlage der Handwerksrolle auszustellen ist. Als Voraussetzung für die Eintragung in die Handwerksrolle und damit für die Ausstellung der Handwerkerkarte wird neben der selbständigen Ausübung eines Handwerks als stehendes Gewerbe die Berechtigung zur Führung des Meistertitels oder die Befähigung zur Ausübung von Lehrlingen vorgesehen. Die Zustimmung des Ausschusses erfolgte insbesondere aus der Erwägung heraus, daß die Einführung der Handwerkerkarte auf Grund der Handwerksrolle eine praktische Tat in der Richtung des geschlossenen berufständischen Aufbaues des Handwerks darstellt, und daß auf dem Wege über die Handwerkerkarte eine Bekämpfung des Pseudohandwerks sowie eine Eindämmung der großen Ueberfremdung der handwerklichen Berufe möglich sein wird.

Diese Absichten haben in der Presse ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Wir bringen nachstehend einen Auszug:

Frankfurter Zeitung (Reichsausgabe) Nr. 727/729 vom 29. September 1932:

In Wirklichkeit dürften die Wünsche des Handwerks ihre Wurzel aber auch keineswegs in dieser Erscheinung (gemeint ist der große Umfang der Schwarzarbeit. Die Einschränkung der Konkurrenz. Die Berufsvertretungen sollen die Möglichkeit erhalten, auf dem Wege über die Meisterprüfung eine Art von numerus clausus einzuführen und den Andrang zu einem Gewerbe zu drosseln. Wie weit man gehen möchte, läßt sich aus einer weiteren Forderung schließen, die darauf hinausläuft, den Begriff des Hilfsbetriebes zu beseitigen. Es soll also ein industrieller Unternehmer, der sich für die internen Arbeiten eines Handwerks (Modell-Zischerei, Monteurwerkstätte und dergl.) eingerichtet hat, künftig einen Handwerksmeister in den Vorstand aufnehmen müssen.

Daß die Befestigung der Gewerbefreiheit im Handwerk eine Maßnahme von größter Tragweite wäre, braucht kaum betont zu werden. Die Erstarrung der Wirtschaft, deren Befestigung durch eine geeignete Kartellpolitik und eine freibeiwillige Handelspolitik dringend zu fordern ist, würde weiter um sich greifen, und die Produktivität der Wirtschaft eine starke Verminderung erfahren. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, daß die Lebensfähigkeit des Mittelstandes zum großen Teil dadurch erhalten blieb, daß an die Stelle absterbender Gewerbe neue Gewerbebezüge traten, die sich neben der Industrie behaupten oder im Anschluß an sie ausbreiten konnten. Diese Beweglichkeit würde gehemmt, und die so oft zu Unrecht prophezeigte Zurückdrängung des Handwerks könnte damit erst Wirklichkeit werden. Noch mancherlei anderes wäre darüber zu sagen, daß die Reformbestrebungen des Handwerks wahrlich nicht so unproblematisch sind, wie man es sich dort vielfach vorstellt. Wir begnügen uns vorerst damit, die Öffentlichkeit auf die Pläne, die von den Spitzenvertretungen des Handwerks verfolgt werden, hinzuweisen, und hoffen, daß die Erörterung dazu beitragen wird, Einsicht für die Gefährlichkeit des Vorhabens zu erwecken.

Tägliche Rundschau, Berlin, Nr. 230 vom 30. September 1932:

Praktisch läuft das auf einen numerus clausus im Handwerk hinaus; aber es bedeutet doch grundsätzlich noch mehr, wenn die seit der Stein-Hardenbergschen Reform in Deutschland eingeführte Gewerbefreiheit eingeschränkt wird. Solche Verringerungen haben dieselbe grundsätzliche Bedeutung wie damals die Stein-Hardenbergschen Reformen, die das Fundament für die kapitalistische Entwicklung in Deutschland gelegt haben. Der Mittelstand, durch diese Entwicklung vernachlässigt oder aufgegeben, mußte sich bisher damit begnügen, daß ihm von den Trägern der kapitalistischen Entwicklung gön-

nerhaftes Wohlwollen entgegen gebracht wurde. Jetzt beginnt er sich mit diesen Entwürfen des Handwerks endlich selbst zu regen, und zwar wirksam. Die liberale Presse, die bisher immer betont, und absichtsvoll „Mittelstandspolitik“ betrieben hat, beschwört jetzt das Handwerk förmlich, doch vernünftig zu sein, weil mit der Einschränkung der Gewerbefreiheit zwar dem Handwerk geholfen wird — aber doch dem ganzen Wirtschaftssystem der Boden entzogen ist. Mit diesem „System“ ist es ähnlich wie mit der Justitia: „pereat mundus“.

Gubener Zeitung vom 1. Oktober 1932:

Damit wird zwar ein Eindämmung der großen Ueberfremdung des Handwerks vorbereitet, aber da diese nötig erscheint und überdies auf Grund einer dem deutschen Gedanken der Qualitätsarbeit entsprechenden Art der Auslese der Tätigen erfolgt, so hat jenes Vorhaben nichts reaktionäres an sich und ist nur zu begrüßen und zu fördern.

Bayerische Zeitung, München, Nr. 40 vom 1. Oktober 1932:

Diese beiden Grundforderungen des Handwerks, (Einführung des großen Befähigungsnachweises und einer Handwerkerkarte. Die Schriftleitung.) die mehr und mehr in der Handwerkerbewegung Fuß fassen, müssen in irgendwelchen Formen berücksichtigt werden. Der Handwerksmeister ist das Fundament der Volkswirtschaft; denn mit wenig Werkzeug entsteht aus seinen Händen das Arbeitsprodukt. Er ist die feste Brücke zur natürlichen Wirtschaft, die gerade jetzt, da wir aus der überhöhten Mechanisierung herausmüssen, doppelt notwendig ist. Man gebe dem Handwerksmeister die Vorteile der Handwerkerkarte und des großen Befähigungsnachweises und damit sein Existenzminimum. Dann wird das Handwerk auch wieder Hunderttausende von Arbeitskräften aus der überlegenen Kraft seines Fleißes und seiner Organisation handgebundener Kräfte wieder in den Wirtschaftsprozess des deutschen Volkes einleiten.

„Hamburger Postzeitung“ vom 2. Oktober 1932:

Es handelt sich hier um ein Experiment von welttragender volkswirtschaftlicher Bedeutung, das für das deutsche Handwerk zum Segen, aber auch zum Fluch werden kann. Nirgends dürfte der Ruf nach Schutz des Handwerks auf taube Ohren stoßen, ob aber der große Befähigungsnachweis, der nummehr auch von vielen maßgebenden Kreisen des Handwerks innerhalb Deutschlands gefordert wird, wirklich das Mittel der Mittel ist, erscheint zweifelhaft.

„Innsbrucker Zeitung“ vom 7. Oktober 1932:

Die Bemühungen der Reichsregierung zur Befestigung der Wirtschaft gehen bekanntlich von der Erwägung aus, daß der Tiefpunkt der Krise überstanden ist, und daß ein baldiger Konjunkturaufstieg eintreten wird. Es würde die Entwicklung empfindlich stören und die Anpassung der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe an neue bessere Verhältnisse erschweren, wenn jetzt die Gewerbefreiheit aufgehoben und eine zeitweilige Abschließungspolitik verwirklicht würde. Es ist übrigens nicht zu verkennen, daß der Nationalsozialismus mit seiner berufständischen Einstellung viel dazu beigetragen hat, führende Persönlichkeiten des Handwerks auf den gefährlichen Weg der Junkturfürsorge zu locken.

„Innsbrucker Zeitung“ Nr. 550 vom 7. Oktober 1932:

Aufhebung der Gewerbefreiheit bedeuten die Beschlüsse der Handwerkerkammerorganisation, die wir im heutigen Morgenblatt veröffentlichten. Die Erinnerung an die alten Kämpfe, als die Gewerbeordnung geschaffen wurde, werden wieder wach: großer oder kleiner Befähigungsnachweis war der Streit. Aber der Vorstoß der Handwerkerorganisation — oder nur der Geschäfts-führer? — geht heute fast noch weiter. In etwa läuft die Bewegung parallel mit den Bestrebungen der Landwirtschaft, die ausländischen Einfuhren abzumauern; zum Autarkiestreben findet sich der Junkturfürsorge ein. In jedem Falle ist das Ziel die Abstellung der Konkurrenzwirtschaft, bei der Landwirtschaft der internationalen oder doch der europäischen, beim Handwerk sogar der binnenwirtschaftlichen. Wer die Konkurrenzwirtschaft als wesentlichen Bestandteil der Privatwirtschaft ansieht, wird jede andersartige Entwicklung bedauern müssen. Dieser Anhänger einer reinen Privatwirtschaft erlebt seit einiger Zeit eine Genugtuung. Die Zunahme des Handwerks hatten in den vergangenen Jahren ein ausgesprochenes Kartellpolitisch getrieben, trotz entgegenstehender Verbote, wie etwa des § 100 a der Gewerbeordnung. Eine Zunahme — das heißt Verbandsbürokratismus modernsten Stils stellte ein Kalkulationsystem auf, das sich neben jeder Kartellarbeitsweise sehen lassen konnte. Ebenfalls stiegen in jenen Jahren die Preise für handwerkliche Leistungen verhältnismäßig mehr als für industrielle Fertigerzeugnisse oder gar Rohstoffe. Wer nicht mitmachte, der verfiel dem gesellschaftlichen Wohlstand, der die Zunahmen kraft aller Traditionen zu handhaben wußten. Der Wirtschaftsniederstand rief in dieses System Lächer und Scham im Handwerk wie auch anderswo ein immer mehr wachsende Organisationsmüdigkeit, zu der berufständischen Bestrebungen, das heißt die Wirtschaft nach Verstärkung und Verbreiterung der Organisationen, in eigenartiger Widerspruch stehen. Man mag die

Schwarzarbeit noch so sehr verdammen, aber objektiv gesehen, stellt sie eine Art Wiederherstellung des freien Wettbewerbs dar — leider mit unläutern Mitteln. Sie ist jedenfalls die Korrektur einer überfremdeten und unzeitgemäßen Kartellpolitik, ebenso wie der Schmuggel, rein wirtschaftlich gesehen, eine überfremdete Zollpolitik korrigiert. Dabei soll keineswegs vergessen werden, daß die Schwarzarbeit auch ein Ausweichen vor einer überfremdeten Sozial- und Steuerpolitik bedeutet. Das Handwerk möge sich jedenfalls keinen Täuschungen hingeben: Auch wenn seine berufständischen Organisationen noch so sehr vom zentralen Staat mit Machtmitteln, auch politischer Art, ausgerüstet werden, wird es auf die Dauer nicht mehr erreichen, als was es jetzt mit den Mitteln einer höchst modernen Kartellpolitik erreicht und schließlich doch nicht erreicht hat. Es soll doch auch nicht dahin kommen, daß ganze berufständische Organisationen mit ihren Geschäftsführern darauf zu achten haben, daß arbeitswillige Menschen nicht arbeiten.

Die gebrachten Kritiken, die glauben, vor den Wünschen des Handwerks warnen zu sollen, sehen nicht das, worauf es dem Berufsstand bei der ganzen Frage ankommt. Es ist zwar richtig, daß der immer noch zunehmende Umfang an Schwarzarbeit die Dringlichkeit der Frage beschleunigt hat; diese Frage spielt aber bei den Vorarbeiten für die Einschränkung der Gewerbefreiheit keine ausschlaggebende Rolle. Etwa einen numerus clausus zu schaffen, liegt ebenso wenig in den Absichten des Handwerks, wie die so notwendige Befestigung der Wirtschaft von vornherein erfinden zu wollen. Auch der geschmacklose Fleiß, daß es sich um einen Vorstoß der Geschäftsführer handle, haut ebenso wie die Behauptung, daß demnach ganze berufständische Organisationen mit ihren Geschäftsführern darauf zu achten hätten, daß arbeitswillige Menschen nicht arbeiten, vollkommen daneben. Man spreche doch auch nicht von einer ausgesprochenen Kartellpolitik im Handwerk, wo der gewaltige Druck der Käufer auf den Verkäufer eine solche ganz von selbst ausschließt. Ebenso gehen die Behauptungen, nach denen überlebende Handwerkszünfte wieder eingeführt werden sollen, völlig an den Tatsachen vorbei.

Die Probleme bei der Frage nach Einschränkung der Gewerbefreiheit liegen viel tiefer.

Liberalismus und Sozialismus, die großen Gedankenwelten des letzten Jahrhunderts, sind ohne allen Zweifel durch die Entwicklung der jüngsten Vergangenheit überholt. Der bislang nur noch dem Namen nach herrschende Wirtschaftsliberalismus und der auf seinem Boden gewachsene Sozialismus haben es nicht vermocht, dem gesamten Mittelstand den notwendigen Schutz und die notwendige Förderung zu geben. Daran haben auch versäufungsmaßig veranfertigte Versprechungen nichts geändert.

Die Forderung des Handwerks nach einer grundsätzlichen Neuordnung der Wirtschaft als Organisationspolitik bleibt darum verständlich. Sie gibt in der Ablösung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems durch eine berufständisch geordnete Individualwirtschaft, die die Erhaltung der Einzelpersönlichkeit verbürgt, aber auch die Einordnung in einen Gemeinschaftszusammenhang, der notwendige Grenzen zieht, Gewährleistung.

Das freie Spiel der Kräfte, der Regulator der liberalistischen Wirtschaft, der den Großen eine hemmungslose Entfaltungsmöglichkeit gab und mit der schrankenlosen Steigerung der Erzeugung eine planvolle Handelswirtschaft verbindet, ist dem Handwerk immer fremd geblieben. Und so reißt sich an die erste Forderung nach berufständischer Ordnung die zweite nach einer Einschränkung der Gewerbefreiheit für das Handwerk. Diese Forderung ist nicht neu. Wenn wir in der Geschichte der Handwerkerbewegung zurückblättern, so begegnen wir ihr immer wieder. Von einer Anleihe von dem Nationalsozialismus kann hier wirklich nicht gesprochen werden. Die Verwirklichung dieser Forderung sollte nicht scheitern, zumal die große Idee des Liberalismus nach uneingeschränkter Freiheit von der tatsächlichen Entwicklung der Verhältnisse praktisch schon längst überholt ist. Daß das Handwerk hierbei eine sehr wesentliche Förderung der Qualitätsarbeit und auch eine bessere Zufriedenstellung seiner Kunden bei der großen Ueberfremdung des Berufsstandes als selbstverständlich erwartet, braucht nicht besonders betont zu werden.

Diese ganzen Absichten werden auch noch dadurch einen wirksamen Antrieb erhalten, wenn dem Verlangen des Handwerks nach Anerkennung des organisatorischen Zusammenhangs Beachtung und Erfüllung wird, zumal in der berufständischen Wirtschaft jeder Berufsstand die Bedingungen festlegt, unter denen er den größten Leistungsgrad erreicht, ohne allerdings in egoistischer Profitgier aufzugehen.

Ausgelernte Lehrlinge und Steuererleichterungen.

Wenn ein Lehrling nach Ablauf seiner Lehrzeit nicht zum Unternehmen ausweicht, sondern als Geselle gegen Entgelt im Betrieb weiter beschäftigt wird, so ist diese Weiterbeschäftigung regelmäßig als Weiterbeschäftigung eines Arbeitnehmers im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten zur Befestigung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt 1 S. 425) — Erster Teil Kapitel 1 — anzusehen. Nach dieser Verordnung werden bekanntlich für die Weiterbeschäftigung eines Arbeitnehmers im Durchschnitt des Kalenderjahres Steuererleichterungen im Betrage von RM. 100,— gewährt.

Am Donnerstag

1

Dezember

Beginn der Ausgabe unserer Weihnachtsbonbonnieren!

Für Nikolaus und Weihnachten kaufen Sie billig und gut bei Kaiser's:

Schokoladen, Pralinen, Gebäck, Printen, Lebkuchen, Marzipan, Figuren aus eigenen Fabriken; ferner Kaffee in besten Mischungen, Tee, Kakao, Getreidekaffee und alle Artikel zum Backen.

5% Rabatt in Marken auf alle Waren (ausser Zucker und Naturbutter), dazu die Vorteile, die Kaiser's Weihnachtssparbuch bietet.

KAISER'S KAFFEE GESCHAFT

Bis Samstag

24

Dezember

Brühl und Umgebung

Brühl, 30. Nov.

Wird der Abraum der Grube Berggeist stillgelegt?

In den letzten Jahren haben nicht nur vollständige Stilllegungen von Braunkohlewerten (Maria-Glad) stattgefunden, mehr oder weniger sind auch Betriebseinsparungen (Grube Donatus) zu verzeichnen. Auch ist vor einiger Zeit schon über Stilllegungsverhandlungen der Gruben Berggeist und Luftrietz berichtet worden. Jetzt hat, wie berichtet wird, die Grube Berggeist (Besitzer Firma S. Baum) wiederum den Antrag auf Stilllegung und zwar des Abraumbetriebes dieser Grube gestellt. Morgen Donnerstag wird im Auftrage des Regierungspräsidenten das zuständige Bergamt die Verhandlungen darüber führen, ob dem Antrage der Stilllegung zugestimmt wird. Wird die Stilllegung Tatsache, werden wiederum 107 Arbeiter und fünf Angestellte entlassen, die alle in den Ortschaften des Vorgebirges wohnen, soweit sie nicht im Stadtgebiet Brühl wohnhaft sind. Sind Arbeitsentlassungen in dieser trostlosen Zeit ohnehin schon sehr zu bedauern, dann umso mehr noch vor dem bevorstehenden Weihnachtseste. Noch lebt man in der Hoffnung, daß die maßgebende Stelle jenseitigen Verständnis für die in den Braunkohlebetrieben arbeitende Bevölkerung hat, die doch ganz auf das unbeschränkte Fortbestehen dieser Industrie eingestellt ist. Möge die frühe Hoffnung nicht enttäuscht werden.

)) **Auslegung der Bürgerliste.** Die Bürgerliste der Stadt Brühl für die am 15. Januar 1933 stattfindende Wahl zur Stadtverordnetenversammlung liegt vom 6. Dezember bis einschließlich 19. Dezember 1932 offen. Die Einsichtnahme kann durch jedermann erfolgen. Bei der Offenlegung, Zeitpunkt der Einsichtnahme, sowie sonstige wichtige Mitteilungen findet der Wahlberechtigte in der amtlichen Bekanntmachung in der vorliegenden Ausgabe der Brühler Zeitung.

))) **Fernsprechverkehr.** Am 1. Dezember wird der Schnellverkehr von Köln, Bonn, Brühl und Hermalheim auf das Ortsnetz Hilden ausgedehnt. In den Ueberrichtungen der Schnellverkehrs-orte auf den Seiten 1, 264, 300 und 332 des amtlichen Fernsprechbuches ist Hilden mit der Abkürzung (Hb) nachzutragen.

)): **Im Nebel gestürzt.** Gestern nachmittag wurde hier in das Marienhospital ein Radfahrer eingeliefert, der in Rössberg einen erheblichen Unfall erlitten hatte. Er war dort einen der steilen Berge hinuntergefahren und an der Bismarckstraße mit einem Auto zusammengestoßen, das er infolge des starken Nebels zu spät bemerkt hatte. Der Autofahrer besorgte sofort die Ueberführung des Verunglückten in das Hospital.

))) **Aus dem Musikleben der Stadt Brühl,** deren Grenzen ja jetzt erheblich weiter gesteckt sind, läßt sich das jährliche Herbstkonzert der Orchester-Gesellschaft 1926 nicht mehr wegdenken. Ist es doch für viele Musikverständige, auch der bisherigen Stadt, zur Selbstverständlichkeit geworden, einmal im Jahre zum „Neroth“ Bingsdorf hinaus-zupilgern, um bei der Orchester-Gesellschaft zu Gast zu sein. Auch in diesem Jahre ist zu erwarten, daß das Herbstkonzert am kommenden Sonntag, dem 4. Dezember, im Bingsdorfer Hof (Moritz) zahl-reichen Besuch aufweisen wird, zumal, da sich in treuer Bräderschaft der MVB. Sängerbund, Bingsdorf, mit dem Orchester zum Vortrag wirksamster Chorwerke von R. Wagner und Johann Strauß vereinigen wird. In diesen Rahmen fü-gen sich die Gesänge des Solisten Jos. Siegburg, Brühl, passend ein. Wir weisen auf den zeitge-mäßen Eintrittspreis von 50 Pf und auf das im Anzeigenteil erscheinende Programm empfehlend hin.

*) **Die Nerother** veranstalten morgen Donnerst-ag am 20. Uhr im Apollo-Kino einen Film-abend. Sie zeigen einen Film über eine erlebnis-reiche Fahrt nach Südamerika. Wer die früheren wunderbaren spannenden Abenteuerfilme der Nerother sah, der weiß, daß wieder eine besondere Lei-stung zu erwarten ist. Ein Besuch der Veranstal-tung ist sehr zu empfehlen. — Siehe auch An-zeige in dieser Nummer.

*) **Windhorstbund.** Morgen, Donnerstag am 8. Uhr, findet die regelmäßige Versammlung im kath. Gefellensheim statt. Es spricht Dr. Schnor-busch über den Zweck der Stadtratswahlen. Der Bund erwartet zahlreichen Besuch. Parteifreunde sind ebenfalls herzlich willkommen.

))) **Einen Gebrauchsmusterpatent** erhielt Rainer Kler von hier für die Erfindung „Einlochgerät für Elektroherde“.

Brühl-Badorf.

)) **Das Badorfer Handwerk und der Katholi-sche Gefellensverein Badorf** veranstalten in der Zeit vom 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr, bis Montag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, eine Ausstellung in der Kapelle. Die Eintrittskarten berechnen zum freien Eintritt zu den Kinovorjäh-rungen im Saale Bojen, Sonntag, den 4. Dezem-ber, nachmittags 6—8 Uhr. Alle Handwerks- und Bastelfreunde sind herzlich zum Besuche der Ausstellung eingeladen.

Aus dem Amte Wesseling.

)) **Verzdorf:** Die Freiwillige Sanitätskolonne vom roten Kreuz beginnt in den nächsten Wochen unter Leitung des Arztes Dr. Zimmermann-Wes-seling einen neuen Kursus. Teilnehmer und Teil-nehmerinnen mögen sich bei der Geschäftsstelle Gartenstraße 7, melden. Der Unterricht ist kosten-frei.

)) **Verzdorf:** In der Umlegungsache Sechtem beginnt jetzt der Ausbau der Wege. Wer von den in Frage kommenden Landwirten noch Aufwuchs dort stehen hat, muß diesen sofort abbauen.

Aus dem Amte Hürth.

))) **Hermalheim:** Eine Anstreicher-Innung für Groß-Hürth? Aus Kreisen des Maler- und An-streicherhandwerks ist der Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung für das Maler- und Anstrei-cherhandwerk in der Gemeinde Hürth gestellt wor-den. Die Umtrage ist seitens der Regierung in die Wege geleitet worden. Die Abstimmung, die mündlich und schriftlich erfolgen kann, schließt mit dem 31. Dezember.

Sport

1. **Tisch-Tennis-Club Schwarz-Weiß, Brühl,** gegen **Ving-Pong-Club Grün-Weiß, Beuel 3:9.** In dem Meisterschaftskampf von Sonntag mußten die Brühler eine recht empfindliche Niederlage einstecken. Allerdings war die Brühler Mannschaft durch verschiedene Verabschiedungen stark ge-schwächt, während die Beueler mit recht guten Leistungen auftraten. Bei den Brühlern befreidigten lediglich Wagner, Krämer und Straß-burger. Das Turnier erfreute sich eines guten Be-suches seitens der Brühler Bevölkerung.

Verein für Raftenspiele Badorf. Am kommenden Sonntag hat der Verein den Spielverein Teuto-nia mit seiner ersten und zweiten Mannschaft zu Gast. Anstoß der 1. Mannschaft 2 Uhr, 2. Mann-schaft 12.30 Uhr. Die 1a-Jugendmannschaft emp-fängt vormittags 11 Uhr ihren stärksten Gegner, die 1a des Fußballklub Viktoria Grünweil. Beide Mannschaften sind bisher noch ungeschlagen und ist daher ein schöner Kampf zu erwarten.

Verantwortlich: Peter B e c k e r, Brühl.
Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Becker GmbH, Brühl.

Immer das Beste für wenig Geld ist der Grundbesitz der Firma Landauer in Köln. Denken Sie daran, wenn Sie vorteilhafte Weihnachtsein-käufe machen wollen. Alle Angebote sind Riesen-leistungen. Siehe die heutige Beilage.

Geplant sieht man auf die Tür... Wer tritt herein? Nikolaus? Das Christkind? Nein, noch nicht. Vorerst ist es der Weihnachtsmonat selbst. Er zeigt uns die heutige Anzeige von Kaiser's Kaffee-Gesellschaft: „Am Donnerstag, dem 1. De-zember, Beginn der Ausgabe unserer Weihnachts-„Bonbonniere“. Vater blinzelt mit den Augen, weil Mutter auf ihr Kaiser's Weihnachts-Spar-buch schaut. Na ja, Mutter versteht einzukaufen. Kaiser's hat ja alles. Köstlich aromatische Kaffees in erlesenen Mischungen, Schokoladen, Pralinen, Pralinen, Gebäck, Lebkuchen, Marzipan und all das ledere Mundzeug für den Weihnachtsmonat über-haupt. Schenken macht Freude.

Auslegung der Bürgerliste

für die am 15. Januar 1933 stattfindende Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung.

Die Bürgerliste der Stadt Brühl für die am 15. Januar 1933 stattfindende Wahl zur Stadt-verordnetenversammlung liegt vom 6. Dezember 1932 bis einschl. 19. Dezember 1932 wie folgt offen:

- a) für Brühl im städt. Rathaus, Zimmer 3,
- b) für Brühl-Badorf, umfassend Badorf, Ed-dorf, Weildorf, Schnorrenberg, Grube Berg-geist, Grube Luftrietz, Grube Donatus, Bich-hof und Bülhof, in der Wohnung des Be-zirksvorstehers Seglmeier in Edorf,
- c) für Brühl-Bingsdorf, umfassend Bingsdorf und Bingsdorf-Kolonie, in der Wohnung des Bezirksvorstehers Gernand in Bingsdorf, Gustav-Kreuzstraße,
- d) für Brühl-Kierberg, umfassend Kierberg, Rodderhof, Roddergrube, Daberg, Bendor-loster, Bendorgrube, Bendormühle, Winter-burg, in der Wohnung des Bezirksvorstehers Ströben in Kierberg,
- e) für Brühl-Heide, umfassend Heide und Grühl-wert 1, in der Wohnung des Bezirksvorstehers Trauer in Heide, Hochstraße,
- f) für Brühl-Schwadorf, umfassend Schwadorf, in der Wohnung des Bezirksvorstehers We-ber in Schwadorf,
- g) für Brühl-Böchem, umfassend Böchem und Grühlwert 2, in der Wohnung des Bezirksvorstehers Wistichen in Böchem.

Die Einsichtnahme kann durch jedermann erfol-gen an Werktagen (außer Samstags) von 8—12 Uhr und von 3 bis 6 Uhr, Samstags von 8 bis 12 Uhr, Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr.

Die von Amtswegen in die Bürgerliste einge-tragenen Wahlberechtigten erhalten in den nächsten Tagen eine Benachrichtigung über ihre Eintra-gung, die bei der Wahl als Ausweis dient. Wahl-berechtigt sind alle über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag seit un-terbrochen 6 Monaten ihren Wohnsitz in dem obenbezeichneten Gemeindegebiet haben.

Jeder Wahlberechtigte, der die Bürgerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich angei-gen oder zur Niederschrift geben und zwar für Brühl (s. vorstehend zu a) bei der Stadtverwal-tung im städt. Rathaus, Zimmer 3, für die übrigen Ortsteile (vorstehend zu b—g) bei den jeweils bezeichneten Offenlagestellen. Soweit die Richtig-keit der Bestimmungen nicht offensichtlich ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen. Wenn die Auslegungsfrist abgelaufen ist, können Wahlbe-rechtigte nur auf rechtzeitig angebrachte Einsprüche ausgenommen oder gestrichen werden.

Brühl, den 29. November 1932.

Der Bürgermeister F r e e r i d s.



Nach Gottes unerforlichem Rat-schluß entschlief gestern nachmittag 3.45 Uhr unter ungetrübter Vater-schwiegermutter, Großvater, Urogroß-vater, Bruder, Schwager und Onkel,

der wohlachtbare Herr

Johann Osten

sanft im Herrn.

Er verschied nach kurzer, mit größter Geduld ertragener Krankheit, infolge Altersschwäche, rechtzeitig verleben mit den Heilmitteln der römisch-katholischen Kirche im Alter von 85 Jahren.

Um ein frommes Gedenken für den lieben Verstorbenen und um stille Teil-nahme bitten.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Brühl-Heide, Brühl, Erp, Brühl-Ringsdorf, Brühl-Vödem, Brüggen, Brühl-Kierberg, den 29. November 1932.

Die feierlichen Exequien werden am Freitag, dem 2. Dezember morgens 8.30 Uhr in der Pfarrkirche zu Heide gehalten. Die Beerdigung findet an-schließend vom Sterbehause Hofstr. 22 aus statt.

Sollte jemand aus Versehen keine be-fondere Anzeige erhalten, so bitten wir diese als solche zu betrachten.

Ich zahle 50.— Miete
Was wird mir dafür geboten.
Angebote an Brühl Post-fach 18.

Puppenklinik
Schiedwaren, Bären, Hunde, Erntedank, Schuhe, Verkleiden, werden billig angestrichen.
Puppenklinik Mollé, Köln, Vencistr. 60.

Einfamilien-Haus

(Neubau) 6 Räume nebst Keller und 16 ar Garten-land in Herlich b. Wassen, zu vermieten.

Angebote unt. N. 3102 an die Geschäftsstelle.

2 evtl. 3 Zimmer und Küche, 2 Eiz. im Zen-trum der Stadt an ruh. bezw. alt. Leute a. verm. Zu ertr. i. d. Gesch. 72.

2-3 große Zimmer nur a. ruh. Leute sofort zu verm. Brühl-Kierberg Bahnhofstr. 10, Ede Kaiserstr.

Wohnung

4 Zimmer u. Küche, Part. zu mieten gesucht.

Angeb. unter N. 3071 an die Geschäftsstelle.

Ankauf von gebrauchten Möbeln aller Art.

Ankauf von Sofas, Herde usw. Vorrätig Nachkom-men mit u. ohne War-mot. Kleiderchränke 1 u. 2 tüchtig, Glaschränke.

S. Bähr, Brühl

Wallstraße 28.

Waschmaschine mit Wassermotor 1 Jahr in Betrieb preiswert zu verkaufen.

Wo sagt die Gesch. 65.

Nur 50 Pfennig bezahlt die Hausfrau für die tägliche Benutzung meiner **Waschkom-pressoren mit Wasch-pressen.** Bei spät. Kauf wird Leihgebühr rückver-gütet.

R. Fröde, Mechaniker. Kölnstraße 81.

Sonderangebot: 2 kleinen-Platten-Kompressoren verkauft mit Preis-gegen bar.

Ohne

Werbung und vor allem ohne Inse-rieren in der täglich erscheinenden „Brühler Zeitung“ hilft kein

Fleiß

dem Geschäftsmann über die schlech-ten Zeiten hinweg. Denn es kann ja heutzutage doch

kein

Geschäftsmann nur durch die Qualität allein und die schnellste Lieferung zu möglichst billigem

Preis

den Absatz seiner Waren herbeiführen, den er sich gern wünscht! Die Zeitungs-Anzeige wirkt!

Achtung!

Den geehrten Bewohnern von Brühl und Umge-bung zur gefl. Kenntnis, daß ich ab **1. Dezember 1932,** meine **Feinschuhsohlerei** von Wallstr. 9 nach **Böningergasse 23** neben Möbelhaus Zirkus verlege.

August Vollmar.

BIND- CIGAREN

haben einen guten Ruf!

Söner-Möbel

Köln, Gereonshof 49, Ede Kaiser-Wilhelm-Str.

Die schönsten **Küchen** der deutschen Möbel-fabriken.

125.- 155.-

Schlafzimmer echt Eiche

285.- 315.-

Das praktische **Wei-nachts-geschenk:** ein

Protos-Staubsauger auf Teilzahlung in 18 Monaten nur **RM 5.-** monatlich durch

Protos GmbH Köln, Bismarckplatz 14.

Reform-Mastschrot wieder vorrätig **billig** und besser wie andere Futtermittel.

Torfstreu u. Torfmüll in Ballen vorrätig.

Theo Vering Kartoffelgroßhandlung **Brühl-Badorf** Fernruf 27 94

Wie ein Magnet zieht die gute Zeitungsan-zei die Kunden an.

Deshalb inserieren Sie in der vielgelesenen „Brühler Zeitung“.

Müde, zerschlagen?

Nehmen Sie 3 x täglich ein Gläschen Doppelherz, das wohlsmekende und tausendfach bewährte Nervenkraft-gungsmittel. Bei Nervenschwäche, Blü-armut, Appetitlosigkeit und sonstigen Schwächezuständen als Kräftigungsmittel unübertroffen. Probeflasche RM 1,95 große Flasche RM 3,70 u. RM 4,65. Dop-pelherz-Dragee RM 1,50.

Niederlage: **Drogie Pe. Schmitter, Kölnstr. 15**

Nerother Bund Brühl

Wir laden zu unserer Veranstaltung am **Donnerstag, dem 1. Dezember 20 Uhr im Apollo-Kino** herzlich ein. Wir zeigen:

Nerother in Süd-Amerika

und Beiprogramm

Eintrittspreis: **RM 0.80, Schüler RM 0.40,** reservierter Platz **RM 1.20.**

Dauer-Wellen

Werbetage: **1. — 15. Dezember 1932**

zum 25. jährl. Geschäfts-Jubiläum

Preis: **Komplett mit Wasserwellen**

6.00 RM

Fernruf **24 76**

Jean Laubach

Friseurmeister

Kinder-Klappstühlen billig zu kaufen. 8 ar. Räume, evtl. geteilt, 3 Zimmer und Küche zu vermieten. Kaiserstr. 4.

Gewinnbringende Wohnung 8 ar. Räume, evtl. geteilt, 3 Zimmer und Küche zu vermieten. Kaiserstr. 4.

Nov. Im
fengericht
m h ä u
9 Mona-
selbsttrafe,
n dessel-
nis und
n dritter
rung der
r Verur-
m h ä u
enwärtig
auch die
Vor der
asinstanz
efängnis
hrstündi-
Verwer-
und ers-
sanwalts
00 Mark
Schweiz
ten, wel-

Die angebrochene Strafe bestand darin, daß man sich über das Gäß legen und drei Streiche mit dem Handmeller aus-
halten mußte.

E	S	N	L	L
S	L	E	E	J
N	E	L	S	N
J	J	J	N	E
L	N	S	J	S

Sie reichte ihm die Hand und der alte Mann entfernte sich.

Sie reichte ihm die Hand und der alte Mann entfernte sich.

„Laß nur, Mutti. Es wird bald vorüber sein. Ich bin nur müde. Morgen wird alles wieder gut sein.“

